

Axel Ulrich

*Ein*  
**neues Leben**  
*beginnt*



**Die Gründung der Demokratischen  
Einheitsgewerkschaft Wiesbaden**

**A 95 - 03471**



**Herausgegeben vom DGB Wiesbaden-Rheingau-Taunus  
zum 50. Jahrestag der Gründung**

**Wiesbaden 1995**

## Für die Gewerkschafter schlug 1945 die Stunde der Freiheit

Sofort nach dem Ende des NS-Terrors machten sich im Frühjahr 1945 landauf, landab aufrechte Gewerkschafter daran, die Wiedergründung ihrer Organisationen in Angriff zu nehmen. Die Nazis hatten den ihrer Sache treu gebliebenen Kolleginnen und Kollegen zwölf lange Jahre hindurch das Leben zur Hölle gemacht: Schon kurz nach der Machtübertragung an Hitler waren überall im Deutschen Reich Gewerkschaftshäuser von Rollkommandos im Braunhemd heimgesucht, zahlreiche Gewerkschafter dort, in ihren Wohnungen oder in aller Öffentlichkeit zusammengeschlagen worden. Auch in Wiesbaden waren wiederholt Kollegen von faschistischen Schlägertrupps überfallen, das Gewerkschaftshaus sowie andere Einrichtungen der organisierten Arbeiterschaft durchsucht und zum Teil verwüstet worden. Konrad Arndt, Arbeitersekretär des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB), Führer des Reichsbanners Schwarz Rot Gold und Stadtverordneter der SPD, war Ende März nur knapp, das bedeutet lebensgefährlich verletzt, einem SA-Mordanschlag entkommen.

Nach der Stürmung der Gewerkschaftshäuser am 2. Mai 1933 und der Zerschlagung des gesamten gewerkschaftlichen Organisationsspektrums verstärkte sich der Verfolgungsdruck noch mehr. Viele Gewerkschafter wurden wegen ihres betrieblichen oder politischen Engagements entlassen, viele umgehend in "Schutzhaft" genommen. So nannte sich damals schönfärberisch die Inhaftierung für beliebig lange Zeit. Hiermit sollten politisch nicht konforme Bürger unterdrückt und gegebenenfalls auf NS-Kurs gezwungen werden. Zehntausende von Menschen waren schon in den beiden Monaten zuvor auf diese Weise ihrer Freiheit beraubt worden. Längst nicht jeder der oft massiv Drangsalierten vermochte der rohen Gewalt standzuhalten.

Diejenigen, die in den folgenden Jahren am entschlossensten Widerstand gegen das Regime leisteten, kamen in ihrer überwiegenden Mehrheit aus den Organisationen der sozialistischen Arbeiterbewegung. Mehr als 90 Prozent jener Viertelmillion Deutscher, die bis zum Ausbruch des 2. Weltkrieges wegen oppositioneller Aktivitäten verurteilt wurden, entstammten der Arbeiterschaft. Bei den Metallarbeitern, den Bergleuten, den Druckern, den Transportarbeitern, den Seeleuten und Binnenschiffern und in vielen anderen Sparten erlosch der gewerkschaftliche Widerstandswille niemals ganz. Wegen der ständigen Überwachung und Bespitzelung, auch wegen der ungeheuren Denunziationsbereitschaft vieler Deutscher waren die Verluste enorm: So umfaßte die illegale Kaderorganisation der Eisenbahnergewerkschafter um Hans Jahn, die auch in Wiesbaden und in Mainz verankert war, noch im Frühjahr 1936 reichsweit fast 140 Stützpunkte mit über 280 Stützpunktleitern und mehr als 1300 Funktionären; im folgenden Jahr wurde die Orga-

Hrsg.: DGB Kreis Wiesbaden-Rheingau-Taunus  
Bismarckring 27, 65183 Wiesbaden

Druck: Druckwerk, Wiesbaden

Titelfoto: Wiesbadener Trümmerbahn 1946, Foto Rudolph

nisation nahezu vollständig zerrieben. Bestimmte Reststrukturen sollten erst im Zusammenhang mit den Generalstreikplänen des "20. Juli" wieder eine gewisse Bedeutung erlangen. Überhaupt wäre die "Verschwörung der Eliten" ohne Kopplung an das von Wilhelm Leuschner und seinen Mitstreitern in ganz Deutschland organisierte sozialistisch-gewerkschaftliche Vertrauensleutesystem von vornherein chancenlos gewesen. Dieses sorgsam geknüpft konspirative Widerstandsnetz reichte von den großen Städten bis hinab in die kleinsten Gemeinden. Tausende, wenn nicht Zehntausende Regimegegner standen für den Fall eines Umsturzes bereit.



*Konrad Arndt.*

büros der sozialistischen Organisationen nie völlig abreißen. Nach Ausbruch des 2. Weltkrieges wurden die für alle Beteiligten höchst riskanten Kontakte notgedrungen immer seltener. Von gewisser Bedeutung waren des weiteren die Neuordnungsdiskussionen sowie die Informationsarbeit der Exilgruppen, mit der sie die Deutschland-Politik der Alliierten zu beeinflussen suchten.

Auch aus Wiesbaden wurden nicht wenige Kollegen nach Strafprozessen wegen politischen Widerstandes gegen das Regime in die Gefängnisse, Zuchthäuser und Konzentrationslager geworfen, so Konrad Arndt, Georg Buch vom Verband

Selbst jene Gewerkschafter, die vor dem Terror der Nazis ins Ausland geflüchtet waren, setzten von hier aus - meist mit Hilfe der Gewerkschaften der Exilländer sowie der internationalen Dachverbände - den Kampf gegen das Verbrecherregime in ihrer Heimat fort. Im Exil befanden sich Kampfposten, die dem innerdeutschen Widerstand - trotz ihrer arg begrenzten Möglichkeiten - wichtige logistische Unterstützung boten. Dies betraf sowohl in der ersten Zeit noch regelmäßig eingeschmuggelte antifaschistische Aufklärungsschriften als auch Solidaritätssammlungen zur Finanzierung der illegalen Arbeit gegen das "Dritte Reich". Kuriere ließen die geheimen Verbindungen zwischen dem Widerstand in Deutschland und den Auslands-

der Deutschen Buchdrucker, Georg Feller und Willi Herborn, Mitglieder des Zentralverbandes der Angestellten, oder etwa Emil Wagner, Sozialdemokrat wie diese und einer der Organisatoren des betrieblichen Widerstandes bei der Firma Kalle. Einige überstanden die Torturen der Haft nicht, wie zum Beispiel Christian Groß, Sekretär des Fabrikarbeiter-Verbandes und Stadtrat, Fritz Bruderlein, bis 1933 Betriebsratsvorsitzender bei Kalle, Otto Haese und August Hoelzel, alle SPD, oder auch die Kommunisten Theodor Bach, Adolf Ballmann und Ernst Heinzmann. Andere wurden durch die NS-Unrechtsjustiz wegen ihrer oppositionellen Aktivitäten zum Tode verurteilt: André Hoevel, einer der wichtigsten Organisatoren des KPD-Betriebswiderstandes im Rhein-Main-Gebiet, Wilhelm Klöppinger, Mitglied einer kommunistischen Betriebszelle bei der Deutschen Reichspost in Frankfurt, oder Paul Johannzen, Omnibusfahrer bei den Stadtwerken und bis 1943 dort illegal aktiv. Etwa 50 Wiesbadener Bürgerinnen und Bürger sind während der NS-Diktatur aus politischen Gründen zum Tode verurteilt worden, die meisten von ihnen waren Gewerkschafter.

Reichsweit wurden bis 1945 rund 25000 Todesurteile gegen Regimegegner verhängt und ausgeführt. Dabei sind diejenigen nicht berücksichtigt, die in den KZs zu Tode gebracht wurden. Insgesamt dürften zirka 130000 nichtjüdische Deutsche ihr Leben verloren haben, weil sie aus politischen oder ethisch-religiösen Motiven aktiv oder passiv dem Regime widerstanden haben.



*Wilhelm Leuschner vor dem „Volksgerichtshof“ (8. September 1944).*

Unmittelbar vor dem 28. März 1945, die US-Truppen rückten Wiesbaden unaufhaltsam näher, sind viele Nazis in alle Himmelsrichtungen davongestoben, oder sie tauchten noch kurz nach der Besetzung unter. Ihre schlimme Hinterlassenschaft lastete wie ein Joch auf den Menschen: Tausende und Abertausende Witwen und Waisen sowie Kriegsversehrte, Zehntausende von Obdachlosen, viele zerstörte Gebäude, eine fast völlig daniederliegende Infrastruktur, eine hungerrnde, von Seuchen bedrohte, auch politisch desorientierte Bevölkerung, die in eine ungewisse, wohl eher trostlose Zukunft blickte. Am 4. Mai bilanzierte die von den Amerikanern soeben installierte zivile Bezirksregierung Wiesbaden in ihrer ersten Verlautbarung die Lage mit den Worten: "Die von der NSDAP übernommene Erbschaft ist erschütternd". Dennoch: Für die Gewerkschafter - auch für die meisten anderen, wenngleich viele dies noch nicht sofort so sehen mochten - war mit dem Einmarsch der Amerikaner die Freiheit zurückgekehrt.

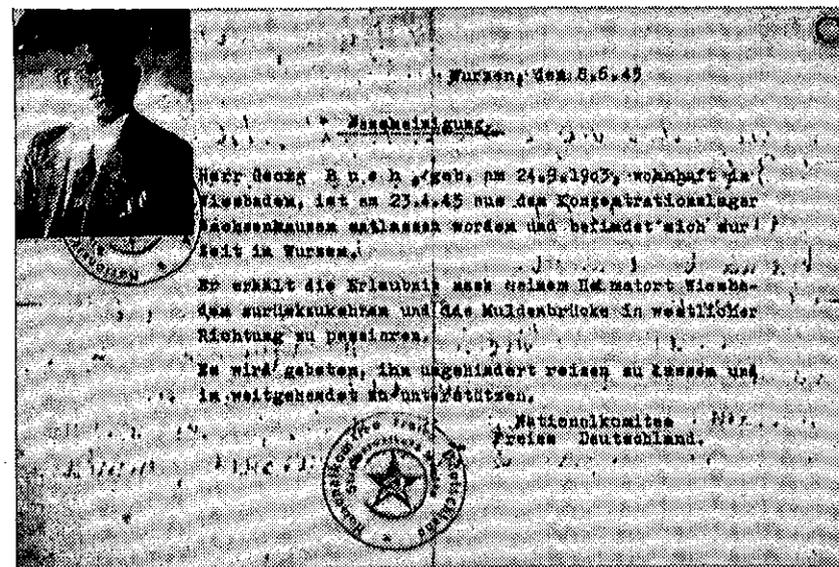
## Die Ausgangslage war katastrophal

Wie war die Lebenssituation der Menschen in den ersten Tagen und Wochen nach dem Einmarsch der Amerikaner? Zeitzeugen haben berichtet, wie es anfangs einfach nichts mehr gab: keinen Strom, kein Gas, kein Papier, keine öffentlichen Verkehrsverbindungen, kein Benzin. Wasser floß nur zu bestimmten Tageszeiten. Man mußte sich zusätzlich aus Bächen, aus dem Rhein, aus Regentonnen oder aus Weihern versorgen. Dieses Wasser mußte abgekocht werden. Dann gab es zwar wieder Strom, aber zunächst nur nachts. Lebensmittel, während der zurückliegenden Jahre sowieso rationiert, waren Mangelware. Noch in den letzten Tagen und Stunden der Nazi-Herrschaft - und selbst kurze Zeit danach - waren Lager und Läden, auch prallvolle Eisenbahnwaggons gestürmt und geplündert worden. Nicht nur die jetzt befreit umherziehenden ehemaligen Zwangsarbeitskräfte, auch Deutsche haben sich immer wieder und trotz drohender Todesstrafe an solchen Überfällen beteiligt. Die Menschen litten allesamt erbärmlichste Not und quälenden Hunger. In der freien Natur wurden alle möglichen Kräuter, Brennnesseln und Wurzeln gesammelt und zu Salaten und Suppen verarbeitet. Improvisation war das Gebot der Stunde. Was irgendwie von Wert war und entbehrbar, wurde auf dem Lande bzw. auf dem Schwarzen Markt zu Wucherpreisen gegen Lebensmittel eingetauscht. Die "Währung", die zählte, waren Zigaretten. Die Amerikaner andererseits hatten reichlich zu essen und zeigten das auch: ostentativ, mitunter provokativ. Sie waren die Sieger. Auf den Abfallhaufen ihrer Kantinen prügeln sich Hungernde um Essensreste. Kinder umringten die GIs und bettelten um Süßigkeiten. Männer sprangen nach ihren weggeschnippten Kippen. Manche Frauen, häu-

fig junge Mütter, die ihre Kinder durchzubringen hatten, suchten bei US-Soldaten rasche Hilfe in ihrer Not.

Zahlreiche Wohnungen mitsamt dem Mobiliar wurden von den Amerikanern beschlagnahmt. Sie mußten ihre eigenen Leute unterbringen und gingen dabei oft mit rüden Methoden vor. Es war völlig normal, wenn die GIs in ein Wohnhaus gingen und die Bewohner zum Verlassen ihrer Domizile binnen nur einer Stunde aufforderten. Manchmal nahmen sie sich gleich einen ganzen Straßenzug vor. Nur die allerwichtigsten, also lebensnotwendigen Dinge durften dann mitgenommen werden. Die Ausgebombten, die Flüchtlinge und Heimatvertriebenen aus dem deutschen Osten, auch die wenigen früheren KZ-Häftlinge, die überlebt hatten und nun wieder in ihre alte Heimatstadt zurückkehrten, wurden in schon bewohnte und damit für alle viel zu enge Wohnungen eingewiesen. All dies rief ständig neuen Unmut innerhalb der Bevölkerung hervor. Viele Menschen mußten in Ruinen, Kellern und Verschlagen hausen. Georg Buch, der sich Anfang August nach über dreimonatiger Odyssee quer durch das zertrümmerte Deutschland aus dem KZ Sachsenhausen nach Wiesbaden durchgeschlagen hatte, hat oft darauf hingewiesen, daß die wichtigste Aufgabe jener Jahre darin bestand, die Menschen vor dem Verhungern und dem Erfrieren zu bewahren.

Das Wirtschaftsleben war fast vollständig zusammengebrochen. Geregelt Arbeit gab es zunächst nur in den seltensten Fällen. Erst einmal waren die Trümmer-



Passierschein des Nationalkomitees Freies Deutschland in Würzen für den sechs Wochen zuvor aus dem KZ Sachsenhausen befreiten Georg Buch.

berge zu beseitigen, die Werkplätze in den Fabriken wiederherzurichten, die Produktionsabläufe anzukurbeln. Das machte die Arbeiterschaft meist in völliger Eigenregie, ohne jeden "Chef". Sie hatte den Schlamassel, den die "Spitzen der Gesellschaft" bzw. deren Handlanger angerichtet hatten, wieder einmal auszubaden und mußte den Karren nun aus dem Dreck ziehen. Die Unternehmer, als "Betriebsführer" oft Mitglieder der NSDAP, waren erst einmal auf Tauchstation gegangen. Was die Frauen damals wirklich geleistet haben, das ist mit dem Wort von den "Trümmerfrauen" nur unzureichend angedeutet.

Die meisten sahen zu, wie sie sich irgendwie alleine durchschlugen. Ein großes Problem war es, neben der Lethargie auch dem weitverbreiteten Egoismus und der bedrohlichen Arbeitsunlust Herr zu werden. Angesichts des ganzen Desasters waren dies in gewisser Weise vielleicht sogar verständliche Reaktionen der Menschen. Aber trotzdem, in jedem einzelnen Falle kamen sie einer Versündigung an der gesamten Gemeinschaft gleich. Solidarität war während der Nazi-Zeit zum Fremdwort geworden, dessen überlebenswichtige Bedeutung vielen jetzt überhaupt erst wieder bewußt gemacht werden mußte. Auch in dieser Hinsicht haben die Gewerkschafter der ersten Stunde Herausragendes geleistet.

Kolossal erschwert wurde die Wiederaufbauarbeit dadurch, daß die Nazis alles, was für eine Inangsetzung von Arbeitsmarkt und Arbeitsvermittlung erforderlich gewesen wäre, sämtliche Karteikarten und sonstige Unterlagen, restlos vernichtet hatten. Auch dies war Resultat ihrer in den letzten Kriegsmonaten konsequent gegen die eigene Bevölkerung gerichteten "Politik der verbrannten Erde". Die Bezirksregierung ordnete daher am 1. Juni im Einvernehmen mit der Militärregierung an, daß sich zunächst alle arbeitsfähigen Männer vom 14. bis zum 60. und alle Frauen vom 16. bis zum 40. Lebensjahr beim Arbeitsamt bzw. bei der Stadtverwaltung registrieren lassen mußten. Am 12. Juni wurde sogar die von den Nazis eingeführte Arbeitspflicht wieder in Kraft gesetzt. All dies steigerte die Mißstimmung innerhalb der Bevölkerung noch mehr. Es mußte deshalb damit gedroht werden, daß Lebensmittelkarten nur noch dann zugeteilt würden, wenn eine entsprechende Registrierung vorlag. Diese Maßnahme überzeugte. Zusätzlich appellierten Stadtverwaltung, Bezirksregierung, Arbeitsamt, zuvorderst die Gewerkschafter in den Betrieben und in ihrer unmittelbaren Nachbarschaft unentwegt an das Verantwortungsbewußtsein jedes einzelnen, sich dem großen gemeinsamen Wiederaufbauwerk nicht zu verweigern. Denn nur so bestand eine Chance, das Chaos, das die Nazi-Herrschaft verursacht hatte, einigermaßen in den Griff zu bekommen.

## Erster Gründungsversuch Ende April 1945

Am 6. Mai 1945 kamen acht altgediente Gewerkschaftsfunktionäre in einer Wiesbadener Wohnung zusammen. Vor 1933 hatten sie unterschiedlichen gewerkschaftlichen Richtungen angehört, sozialdemokratischen, christlichen und liberalen Verbänden. Mit beratender Stimme war sogar ein Kommunist dabei. Das Treffen erfolgte unter nach wie vor konspirativen Bedingungen. Die Militärregierung hatte strenge Ausgangsbeschränkungen verfügt, ebenso waren "Ansammlungen von mehr als fünf Personen in der Öffentlichkeit oder in Privatwohnungen zu Diskussionszwecken" untersagt. Dessen ungeachtet mußten Fragen erörtert werden, die den Kollegen allesamt unter den Nägeln brannten: Auf welche Weise lassen sich die arbeitnehmerfeindlichen Gesetze der Faschisten wieder abschaffen? Wie kommt man zu ordentlichen Tarifverträgen? Und endlich: Wie gelangt man zurück in den Besitz des Gewerkschaftshauses, das die Nazis 1933 beschlagnahmt hatten? Unterm Strich stellten sich mehr Fragen, als Antworten in Sicht waren. Klarheit schien lediglich insofern zu bestehen, als man "die freien Gewerkschaften" wiedererrichten wollte.

Dies war der entscheidende Grund, der die Gewerkschafter zusammengeführt hatte: Sie wollten ihren Wiederzulassungsantrag nochmals kurz, aber in allen Einzelheiten durchgehen, den sie eine Woche zuvor, am 30. April, in aller Eile an die Militärregierung gerichtet hatten. Darin baten sie um Erlaubnis, einen "Allgemeinen Gewerkschaftsbund auf demokratischer Grundlage" gründen zu dürfen. Dieser solle Arbeiter, Angestellte und Beamte gleichermaßen vereinigen. Man sei von seinen früheren Mitgliedern bevollmächtigt und bitte deshalb um Aushändigung der Vermögenswerte in Form von Bargeld, Grundstücken und Büroeinrichtungen, welche die Nazis einst ihrer Zwangsorganisation "Deutsche Arbeitsfront" (DAF) einverleibt hatten. Der Text war gleichzeitig in deutscher und in englischer Sprache formuliert. Er war von Heinrich Ehrhardt, bis 1933 hauptamtlicher Kassierer des ADGB, Otto Machwirth, ehemals Sekretär des Zentralverbandes der Hotel-, Restaurant- und Café-Angestellten, und vier anderen Kollegen unterzeichnet, die ebenfalls einst ADGB-Gewerkschaften angehört hatten.

Der ersten Gründungseuphorie folgte die Enttäuschung auf dem Fuß. Die Amerikaner ließen auf Antwort erst einmal warten. Dann machten sie nicht viel Federlesens und wiesen den Antrag mit der Empfehlung zurück, ihn mit den Besatzungsbestimmungen abzugleichen. Was war geschehen? Offenbar war die Bekanntmachung von General Dwight D. Eisenhower "An die deutschen Arbeiter" nicht aufmerksam genug gelesen worden, welche "Die Mitteilungen. Alliiertes Nachrichtenblatt der amerikanischen 12. Heeresgruppe für die deutsche Zivilbe-

Wiesbaden, den 30. April 1945.

Wiesbaden, both April 1945.

An die  
Amerikanische Militär-Regierung  
für den Bezirk Wiesbaden  
W i e s b a d e n

To the  
American Military Government  
for the District of Wiesbaden  
W i e s b a d e n

Die Unterzeichneten bitten, die  
Gründung eines Allgemeinen Ge-  
werkschaftsbundes auf demokrati-  
scher Grundlage, nach den von der  
Amerikanischen Militär-Regierung  
anerkannten Richtlinien, geneh-  
migen zu wollen.

The undersigned beg to allow the  
foundation of a Allgemeinen Gewer-  
schaftsbund (general trades-union)  
based on consociational terms of re-  
ference, which are already acknow-  
ledged by the American Military Go-  
vernment.

Der Allgemeine Gewerkschaftsbund  
will Arbeiter, angestellte und  
Besatzte wieder vereinigen.

The Allgemeine Gewerkschaftsbund  
(general trades-union) will unite  
again labourers, employees and of-  
ficials.

Die Unterzeichneten waren bis zum  
Jahre 1933 als hauptamtliche  
Funktionäre (Kassenwarte und Prä-  
sidenten) in dem von der nation-  
al-sozialistischen Regierung auf-  
gelösten "allgemeinen Deutschen  
Gewerkschaftsbund" und den Unter-  
organisationen tätig und sind von  
den früheren Mitgliedern dieser  
Arbeiterverbände ermächtigt, den  
vorstehenden Antrag der amerik-  
anischen Militär-Regierung zu un-  
terbreiten.

Until 1933 the undersigned were  
mainly active as functionaries  
(cashiers and presidents) in the  
"Allgemeine Deutsche Gewerkschafts-  
bund" (German general trades-union)  
and its sub-organizations, which  
were dissolved by the national-so-  
cialist government. Now they are  
empowered by the former members of  
these labourer-unions to submit the  
above-mentioned proposal to the Am-  
erican military Government.

Gleichzeitig bitten wir, die uns  
von der nationalsozialistischen  
Regierung 1933 beschlagnahmten  
Vermögen (Bargeld, Firmenrich-  
tungsgegenstände, Grundstücke  
und Mitgliedbücher) sicherzustel-  
len. Die Vermögen wurden 1933 der  
"Deutschen Arbeitsfront" von der  
nationalsozialistischen Regierung  
ausgehändigt.

At the same time we beg to guarantee  
us the property (cash-reserve, fit-  
tings of offices, articles and member  
books), which had been confiscated  
by the national-socialist government  
in 1933. The properties had been  
handed over in 1933 from the national-  
socialist government to the "Deutsche  
Arbeitsfront".

Zu evtl. weiteren Verhandlungen  
des vorstehenden Antrags werden  
die Herren Karl Schmalle, Wiesba-  
den, Schiersteinstr. 20 und  
Otto Kochwirth, Wiesbaden, Kapel-  
lenstr. 14 I benannt.

For eventual further discussions  
about the above-mentioned proposal  
we name Herrn Karl Schmalle, Wiesba-  
den, 20, Schiersteinstr. and Herrn  
Otto Kochwirth, Wiesbaden, 14 I,  
Kapellenstr.

Schmalle, Karl  
Kochwirth, Otto  
Bosch, Eduard  
Bosch, Eduard  
Kochwirth, Otto  
Kochwirth, Otto  
Kochwirth, Otto

Wiesbaden, 20, Schiersteinstr.  
" 14, Kapellenstr.  
" 20, Westerwaldstr.  
" 8, Sedanstr.  
" 43, Adlerstr.  
" 45, Kaiser Friedrich Ring  
W.-Dotzheim, 11, Holzstr.

völkerung" am 14. April veröffentlicht hatten. Darin war angekündigt worden, der deutschen Arbeiterschaft würde der Zusammenschluß zu "demokratischen Gewerkschaften" erlaubt werden, "sobald es die Umstände gestatten". Einige der dort genannten Bestimmungen bereiteten den Gewerkschaftern erhebliches Kopfzerbrechen: Streiks waren weiterhin verboten. Die bisherigen Lohnfestsetzungen blieben in Kraft. Auch sollten die "bestehenden Gesetze, Verordnungen und Verfügungen betreffend die Arbeitsmeldepflicht" als "Notstandsbestimmungen" wirksam bleiben. Und schließlich genossen die Besatzungstruppen bei der Zuweisung von Zivilarbeitskräften absoluten Vorrang. Erst die "verbleibenden Arbeitskräfte" sollten für andere Arbeitszwecke verwendet werden dürfen, was aber ebenfalls von der Genehmigung durch die Militärregierung abhing. Eine freie gewerkschaftliche Betätigung im eigentlichen Sinne mit Tarifautonomie und Streikrecht würde noch einige Zeit auf sich warten lassen. Aber was wollte man machen? Man würde wohl oder übel mit dem Leben müssen, was einem die Amerikaner an Handlungsspielraum einräumten.

Die Knackpunkte in Eisenhowers Proklamation hatten die Gewerkschafter in ihrer ersten Aufregung völlig übersehen. Die Frage nach dem geeigneten Gründungszeitpunkt stellte für sie selbst zwar kein Thema dar: Die Nazi-Herrschaft war hinweggefegt und damit die Zeit zwangsläufig reif für die Reorganisation der Gewerkschaften. Die Amerikaner sahen dies aber anders, und sie hatten das Sagen. Zweitens sollten "alle Formen freier wirtschaftlicher Vereinigungen und Zusammenschlüsse der Arbeiter" nur dann zugelassen werden, wenn "sie nicht politische oder militärische Tendenzen haben oder annehmen". Damit sollte einerseits die Schaffung paramilitärischer Kampfverbände verhindert werden, durch die das Bild der Weimarer Republik so nachhaltig geprägt worden war. Andererseits hätte damit eigentlich klar sein müssen, daß für die US-Militärregierung Gewerkschaften lediglich in Form überparteilicher Verbände, also als pluralistische Zusammenschlüsse ohne politisches Mandat, in Frage kämen. Konkret bemängelte die Militärregierung, daß im Gründungskomitee keine christlichen Gewerkschafter vertreten waren. Das Konzept eines offensichtlich an der Sozialdemokratie angelehnten ADGB, auf dem der erste Wiedergründungsantrag beruhte, war Makulatur.

Man war gezwungen, einen erneuten Anlauf zu starten. Dieser mußte besser vorbereitet sein und den Wünschen der Amerikaner, d.h. ihren Zulassungskriterien, bis auf das I-Tüpfelchen entsprechen. Erst einmal mußten die Basis der neuen Organisation verbreitert, andere Gewerkschaftsrichtungen angesprochen werden. Nur durch Überparteilichkeit würde sich vielleicht die geforderte politische Neutralität kompensieren lassen. Mit dieser Strategie kam der "Aufbau-Ausschuß Wiesbaden", ein pluralistisches, basisdemokratisch legitimes Gremium, in dem vom Anfang an auch Gewerkschafter vertreten waren, zur gleichen Zeit bestens voran. Auch deshalb saßen jetzt die Vertreter aller vier großen Ge-

werkschaftsrichtungen gemeinsam an einem Tisch. Man war der Reorganisation auf oberer Ebene mit dem Treffen vom 6. Mai zweifellos einen großen Schritt näher gekommen.

## Programmatische Orientierung

In der ersten Zeit war man von der Außenwelt fast völlig abgeschnitten: Die Rheinschiffahrt war total zum Erliegen gekommen. Die einzige Bahnverbindung vom Ruhrgebiet nach Frankfurt war durch ein halbes Hundert gesprengter Eisenbahnbrücken blockiert. Autos und Motorräder wären allein schon wegen des Treibstoffproblems nicht als Beförderungsmittel in Betracht gekommen. Alle diese Verkehrsmittel, sogar Fahrräder, durften freilich nur mit besonderer Erlaubnis und im eng begrenzten Rahmen benutzt werden. Dabei war den Deutschen anfangs überhaupt strikt verboten, sich ohne Genehmigung weiter als sechs Kilometer von ihrem Wohnsitz zu entfernen. Natürlich gab es erst auch keinen Postverkehr, keine Fernschreib- oder Funkmöglichkeit und kein Telephon. Und sogar die Tauben mussten getötet, zumindest ihre Flügel gestutzt werden, sie hätten ja gleichfalls der Nachrichtenübermittlung dienen können. Deutsche, geschweige denn unzensurierte Zeitungen gab es schon gar nicht. Und andere Veröffentlichungen, etwa Flugblätter oder Plakate, fielen ebenfalls unter das Verbot. All dies ist zu vergegenwärtigen, will man ermessen, unter welcher schwierigen Startbedingung die frühe Reorganisationsarbeit der Gewerkschaften vonstatten ging.

Auf Anraten Paul Krügers war am 6. Mai beschlossen worden, ein Arbeitsprogramm als künftige Operationsgrundlage zu erstellen. Um diese Aufgabe sollten sich er selbst und der christliche Gewerkschafter Ferdinand Grün kümmern, der bis 1933 der Zentrumsparterie wie auch dem Vorstand des Reichsbanners Schwarz Rot Gold angehört hatte. Darüber, wie innerhalb der Belegschaften über Struktur und Aufgabenstellung einer neuen Gewerkschaftsorganisation gedacht wurde, waren beide bald bestens im Bilde. Niemand wollte eine Rückkehr zur Unmenge der einst über 200 verschiedenen Berufs- und Richtungsgewerkschaften, deren Schwächen am Ende der Weimarer Republik so offensichtlich geworden waren. Durchweg favorisierten die Kollegen die Einführung des Prinzips: ein Betrieb - eine Gewerkschaft. Die meisten votierten zudem gleich für die zentralistische Einheitsgewerkschaft.

Man erinnerte sich auch der Bestrebungen sozialdemokratischer, christlicher und liberaler Gewerkschafter, im Frühjahr 1933 doch noch eine einheitliche Organisation zu schaffen, wenngleich unter nationalistischer Fassade. Dieser Vorgang - wahrlich kein Ruhmesblatt in der Geschichte der Gewerkschaften, aber eine

11. 6. 1935  
Beschluss sind Selma, Nachmitt, Christ, Lehmann,  
Grün, Limmann, Krüger, Fischer.

Beschlossen wird, nachdem eine Belästigung gegeben worden ist, in dem Ausmaß bei der Militär-Regierung, die freien Gewerkschaften auf demokratischer Grundlage wieder aufzustellen, und dasselbe in diesem Einzelfall unterhalb der Handlung.

Krüger Langgasse 32 machte eine Idee den Vorschlag ein Arbeitsprogramm aufzustellen, dazu werden die Kollegen Krüger und Grün bestimmt.

Als weitere Sache wurde besprochen, auf welcher Grundlage können wir wieder zu Tarifverträge kommen, in dem Ausmaß die faschisten eingeführt haben, wieder abzurufen, eine definitive Entscheidung konnte nicht gegeben werden, nur der weiteren Entwicklung abzuwarten.

Kollege Stahl soll mit Krüger persönlich reden über Beschaffung von Unterlagen und das was das Gewerkschaftsproblem ist, wieder bestimmt gegeben wird.

Als Protokollführer wurde Koll. Selma bestimmt.

R. Selma

wichtige Wegmarke hin zur Einheitsgewerkschaft - war seinerzeit nicht mehr in die Presse gelangt. Das Wissen hierüber beschäftigte die Gewerkschafter gleichwohl während der ganzen Illegalität. Vor dem Hintergrund der eigenen leidvollen Erfahrungen war man nun mehr denn je darin einig, daß parteipolitische Unabhängigkeit und weltanschaulich-religiöse Toleranz die gewerkschaftliche Schlagkraft nur erhöhen würden.

Gewiß wäre es günstig gewesen, wenn man sich für die Programmdiskussion auf schon vorhandene Texte hätte stützen können. Aus Vorsichtsgründen hatte der gewerkschaftliche Widerstand seit Jahren auf schriftliche Ausarbeitungen fast ganz verzichtet. Wenigstens einige Wiesbadener Gewerkschafter dürften jedoch über Leuschners Plan einer Einheitsgewerkschaft orientiert gewesen sein, hatte doch hier - neben Frankfurt, Darmstadt und Mainz - einer seiner wichtigsten Vertrauensleutestützpunkte weit und breit bestanden. Heinrich Maschmeyer, ein Sozialdemokrat, dessen Kenntnisse als früherer Polizeidirektor für die Konspiration von unschätzbbarer Bedeutung waren, war der örtliche Leiter gewesen. Leuschner hatte beabsichtigt, seine "Deutsche Gewerkschaft" einfach in die vorhandenen, allerdings dann demokratisch umorganisierten Strukturen der DAF zu installieren. Für ein solches Vorgehen machte sich etwa auch Fritz Tarnow im schwedischen Exil stark. Sogar die demokratischen Sozialisten im KZ Buchenwald forderten die Überführung der DAF in eine einheitliche, vom Staat unabhängige Gewerkschaft als Selbstverwaltungsorgan aller Beschäftigten sowie zur Unterstützung der geplanten umfassenden Sozialisierung. Aus der "Proklamation Nr. 1" der Militärregierung Deutschland im Kontrollgebiet des Obersten Befehlshabers der Alliierten Streitkräfte, die von den US-Soldaten nach ihrem Einmarsch überall plakatiert wurde, gingen deren anderslautende Pläne jedoch klar hervor: Restlose Vernichtung von Nationalsozialismus und deutschem Militarismus und deshalb Auflösung der NSDAP sowie Abschaffung aller von ihr geschaffenen Gesetze und Einrichtungen. Auch für viele kleinere sozialistische Widerstandsgruppen und betriebliche Kader im Reich und für die meisten Exilgruppen wäre eine Beibehaltung der DAF genauso wenig vorstellbar gewesen, noch nicht einmal unter veränderten Vorzeichen.

Wie gerne hätten die deutschen Gewerkschaftsgründer einen Blick über die Grenzen geworfen. Sie brannten darauf zu erfahren, wie die Arbeiter in den europäischen Nachbarländern in der Gewerkschaftsfrage vorgehen würden. Und abgesehen davon, hatten nicht deutsche Gewerkschafter in ihren Exilstützpunkten an Plänen zur gewerkschaftlichen Reorganisation gearbeitet? Von dort könnten möglicherweise jene Anregungen kommen, derer man jetzt dringend bedurfte. Aber der Weg nach draußen war versperrt: Selbstredend war den Deutschen erst auch jeder Grenzübertritt zwischen den einzelnen Besatzungszonen und schon gar in Richtung des Auslandes strengstens untersagt. Wie man trotz bestehender Verbote eine Organisationsstruktur aufbaut und sich die erforderlichen Nachrichtenkanäle

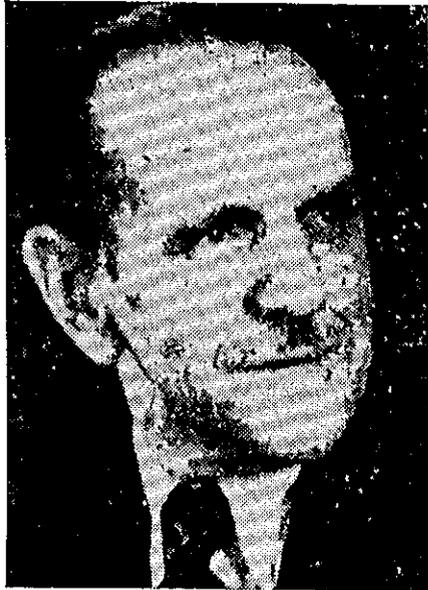
schafft, darin hatten die Gewerkschaftsgründer zwar alle-reichlich Erfahrung. In diesem Fall blieb keine andere Möglichkeit als abzuwarten, bis sich die erforderlichen Kontakte von selbst einstellten bzw. bis die Wege frei gemacht wurden. Kurz und gut: Die Beschaffung gewerkschaftlichen Informationsmaterials wurde dadurch begünstigt, daß die ersten in ihre Heimat zurückkehrenden Emigranten in ihrem schmalen Reisegepäck gelegentlich einzelne Exemplare der in ihren Exilländern erarbeiteten Positionspapiere mitbrachten. Manchmal betätigten sich auch politisch befreundete Besatzungssoldaten als Kurier. Nur deshalb brauchten die Reorganisationsarbeit und die Programmdiskussion vor Ort trotz allem nicht im luftleeren Raum zu erfolgen, beschränkt nur auf die eigenen Kapazitäten sowie die alliierten Bestimmungen.

In Wiesbadener Gewerkschaftskreisen zirkulierten im Frühjahr 1945 mindestens fünf programmatische Papiere. Drei von ihnen stammten aus dem Exil: Da war zunächst eine dreiseitige Vorlage über den "Wiederaufbau der deutschen Gewerkschaftsbewegung", die von der "Landesgruppe deutscher Gewerkschafter in Großbritannien" erstmals im Herbst 1944 veröffentlicht worden war. Hierin wurde die "Bildung zentraler Industrie- oder Berufsverbände" empfohlen, die "in einem einheitlichen Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund örtlich, bezirklich und zentral zusammenzufassen" seien. Die Gewerkschaften dürften sich "in keinem Abhängigkeitsverhältnis zu politischen Parteien" befinden. "Mit sozialistischen und anderen demokratischen Parteien" verbinde sie jedoch "die gleiche Zielsetzung: demokratische Umgestaltung von Staat und Gesellschaft, wirtschaftliche Sicherheit und soziale Gerechtigkeit und Völkerverständigung".

Sodann kursierte "Die Einheitsgewerkschaft", das Publikationsorgan der "Landesgruppe Deutscher Gewerkschafter in Frankreich", in seiner Ausgabe vom April mit den Resolutionen und dem Aufruf der Weltkonferenz der Gewerkschaften vom Februar 1945. Der Name der Publikation verwies bereits auf ihre Zielvorstellung. Der Zusammenschluß der deutschen Arbeiter und Angestellten zu Industrieverbänden unter dem Dach einer Einheitsgewerkschaft, das sei die große Lehre, die aus der Geschichte zu ziehen sei. "Einheit und nochmals Einheit aller Arbeitenden", laute "die Losung bei der Neubildung der deutschen demokratischen Gewerkschaftsorganisation: keine parteipolitischen oder religiösen Gewerkschaften wieder, sondern eine einzige große wirtschaftliche Interessenvertretung für alle". Anders als die in diesem Punkt sehr allgemein gehaltenen Empfehlungen aus London, wurde hier ein detailliertes Zwölf-Punkte-Programm mit "Sofortaufgaben der Einheitsgewerkschaft" vorgelegt, das eine gut brauchbare erste Handlungsorientierung für die Reorganisationphase bot. Die Folgennummer der "Einheitsgewerkschaft", die ebenfalls nach Wiesbaden gelangte, war sogar ausschließlich dem Thema "Aufbau einer einheitlichen Gewerkschaftsbewegung der Arbeiter und Angestellten in einem demokratischen Deutschland" gewidmet.

Hier wie dort wurde also für die Schaffung einer politisch unabhängigen und

weltanschaulich neutralen Einheitsgewerkschaft plädiert. Wesentlich undeutlicher blieb in dieser Hinsicht ein Papier Schweizer Herkunft, das in Wiesbaden aber wohl nur in christlichen Gewerkschaftskreisen für Gesprächsstoff sorgte: Der vierseitige Auszug aus den "Grundsätzen und Richtlinien für den deutschen Wiederaufbau im demokratischen, republikanischen, föderalistischen und genossenschaftlichen Sinne", die im Mai von der Arbeitsgemeinschaft "Das Demokratische Deutschland" veröffentlicht wurden, konnte die enge Bindung seiner Verfasser an Weimarer Denktraditionen nicht leugnen.



Heinrich Ehrhardt.

"Keimzelle für die zukünftige demokratische Gewerkschaftsorganisation in Deutschland" und erklärte sich - ungeachtet seiner deutlich politischen Stoßrichtung - zur "rein wirtschaftlichen Organisation". Die Wiesbadener Gewerkschafter wären gut beraten gewesen, wenn sie diesen klugen Schachzug von vornherein nachvollzogen hätten.

War letzteres Programm in den alliierten "Mitteilungen" vom 14. April höchst offiziell publik gemacht worden, so dürfte der Frankfurter Programmentwurf "Grundsätze des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes (FDGB), Bezirk Südwest-Deutschland" vom 23. April 1945 wiederum illegal und in nur einer einzigen Ausfertigung nach Wiesbaden gelangt sein. Diese wurde hier mehrfach abgeschrieben und weitergereicht. Es handelte sich um ein von Willi Richter, dem

Die beiden deutschen Programme, die den Wiesbadener Funktionären zur Verfügung standen, stammten aus Aachen und aus Frankfurt am Main: Der Aachener "Freie deutsche Gewerkschaftsbund", die erste lokale Gewerkschaftsgründung nach dem Krieg überhaupt, stützte sich namentlich auf die Botschaft General Eisenhowers "An die deutschen Arbeiter". Das im März beschlossene 13-Punkte-Programm sah u.a. vor: Mithilfe bei der Völkerverständigung, Aufklärungsarbeit, Kampf gegen Faschismus und Militarismus, Mithilfe bei der Entnazifizierung, Vertretung der Gewerkschaft in allen Bereichen des öffentlichen Lebens, Wiedereinführung des Arbeiterrechtes, des Achtstundentages und der 40-Stunden-Woche sowie Wiedereinführung des Streikrechtes. Der Gewerkschaftsbund verstand sich als

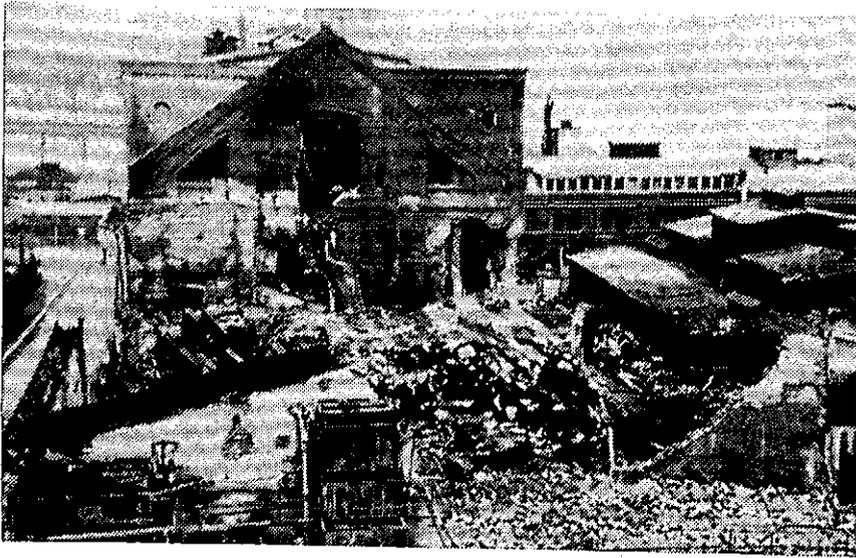
späteren DGB-Vorsitzenden, inspiriertes Neun-Punkte-Programm. Seine Kernforderungen stammten u.a. aus der Mairesolution des Pariser Arbeiterkongresses von 1889, dem Abkommen der "Zentralarbeitsgemeinschaft der industriellen und gewerblichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer Deutschlands" vom 15. November 1918 und aus der Vereinbarung über den "Führerkreis der vereinigten Gewerkschaften" von Ende April 1933. Richter war innerhalb von Leuschners Widerstandorganisation der für die Organisierung der gewerkschaftlichen Konspiration in der ganzen Region von Kassel bis Heidelberg zuständige Mann gewesen. Das Frankfurter Grundsatzprogramm definierte den nun zu bildenden FDGB als "Einheitsorganisation der deutschen Arbeitnehmer (Arbeiter, Angestellte und Beamte) aller Sparten und Richtungen" zur Wahrung ihrer wirtschaftlichen und sozialpolitischen Interessen gegenüber allen Arbeitgebern. "Auf demokratischer Grundlage errichtet", achte der FDGB "die religiöse oder weltanschauliche Überzeugung seiner Anhänger". Er diene "keiner politischen Richtung oder Partei", sei aber klar "antimilitaristisch und antifaschistisch". Auch hier versuchte man also den Amerikanern zu entsprechen, indem man sich zwar zum überparteilichen Vertretungsorgan aller Beschäftigten erklärte, einer ausgesprochen politischen Zielsetzung aber dennoch eine Hintertür offenhielt: Antifaschismus und Antimilitarismus waren damals - ganz anders als heute - Grundhaltungen, über die einhelliger Konsens bei sämtlichen politisch und gesellschaftlich relevanten Gruppierungen herrschte, sogar bis weit ins konservative Lager hinein. Bemerkenswert ist ferner, daß in diesem Programm - zwei Wochen vor der bedingungslosen Kapitulation des "Dritten Reiches" - bereits alle wesentlichen Forderungen des DGB-Grundsatzprogramms von 1949 enthalten sind.

Zwar mußte die Programmdiskussion primär auf der oberen Ebene, d.h. von in solchen Dingen versierten Funktionären geführt werden. Aber diese trugen den Inhalt der ihnen vorliegenden Papiere umgehend in die Betriebe. In zahllosen kleineren Gesprächsrunden erläuterten und diskutierten sie dort die unterschiedlichen Konzeptionen. Ein anderes Vorgehen wäre schlecht möglich gewesen. Jede Vervielfältigung des Materials scheiterte an den Verboten sowie am Papiermangel. Die in den Belegschaften gewonnenen Erkenntnisse flossen umgehend wieder zurück in die Beratungen im Funktionärskreis. Jede Programmdiskussion ist mühselig und zeitraubend. Die programmatische Kärnerarbeit allerdings, die damals geleistet wurde, muß uns heute noch den größten Respekt abnötigen. Nach Abwägen jedes Für und Wider kam man zu dem Ergebnis, daß von sämtlichen bekannten programmatischen Anregungen die aus Frankreich stammenden Vorschläge am meisten überzeugten. Für die Wiesbadener Gewerkschafter, egal ob an der Basis oder im Funktionärskörper, würde nur die Schaffung einer zentralistischen Einheitsgewerkschaft in Frage kommen.

## Basisdemokratische Reorganisation

Das Fundament für die Reorganisationsanstrengungen auf der Leitungsebene war von Anfang an in den Betrieben. Nur wenige Tage nach der Befreiung hatten sich auf Initiative alter Arbeiterfunktionäre und auf der Basis gemeinsamer antifaschistischer Auffassungen in einer Reihe größerer Firmen erste betriebliche Interessenvertretungen gebildet. Dies geschah während der Frühstück- bzw. Mittagspausen. Um sich untereinander besser abstimmen zu können, schloß man sich bald zu einem "Ausschuß der Betriebsvertretungen" für ganz Wiesbaden zusammen. Dorthin entsandten die Belegschaften ihre Betriebsvertretungs-Obmänner und deren Stellvertreter. Aus den einzelnen Betrieben wurden Aktionsberichte gesammelt. Diese wurden zu Erfahrungsberichten zusammengefaßt, die wiederum zügig zu zentralen Handlungsorientierungen komprimiert wurden. Die Betriebsvertretungen hatten die von ihnen erfaßten Belegschaftsmitglieder regelmäßig dem Gesamtausschuß zu melden.

Schon zu diesem frühen Zeitpunkt, Mitte bis Ende April, zeigte sich diese Wiesbadener Gewerkschaft in Gründung nicht nur als funktionswillige, sondern als zumindest im Ansatz funktionsfähige Organisationsstruktur, sämtlichen Widerigkeiten zum Trotz. Die rasche Reorganisation auf betrieblicher Ebene ist untrügliches Zeichen dafür, in welchem beachtlichem Umfang die Traditionen der Arbeiterbewegung - und vor allem das gewerkschaftliche Denken - die Verfolgungszeit



*Zerstörungen im Bereich der Firma Kalle.*

überdauert hatten. Warum sollte auch die gewerkschaftlich bewusste Arbeiterschaft - ganz im Gegensatz zu anderen Bevölkerungsteilen - in Resignation und Passivität versinken? Sie hatte Hitler nicht an die Macht gebracht und unter dem NS-Terror selbst schwer zu leiden gehabt. Endlich war der Weg frei für die Gestaltung einer neuen Zukunft. Diesen Augenblick hatte man zwölf harte Jahre lang herbeigesehnt. Jetzt drängte man zur Tat.

Eine der brisantesten Aufgaben war die Entnazifizierung der Betriebe. Das Problem wurde folgendermaßen angegangen: Die Belegschaften meldeten die fraglichen Personen ihren Betriebsvertretungen, und diese beantragten dann schriftlich deren Entfernung bei der Firmenleitung. Die Grundforderung hierbei war, Entlassungen und Neueinstellungen ausschließlich über die Betriebsvertretungen vornehmen zu lassen. Wie nicht anders zu erwarten, sträubten sich manche Betriebsleiter recht heftig. Aber die Militärregierung sorgte in solchen Fällen für den nötigen Nachdruck. Im Mai wies sie beispielsweise eine Firmenleitung an, mit der Betriebsvertretung bei der "Ausrottung von Nazis und Nazi-Sympathisierenden" ab sofort eng zusammenzuarbeiten. Letztere seien als "Bedrohung des industriellen Friedens und der zukünftigen Bildung einer demokratischen Arbeiterorganisation zu betrachten". Der von den Arbeitern unterbreitete Entlassungsvorschlag sei "durch die Militärregierung genau geprüft und als berechtigt anerkannt worden", er befinde sich "in Übereinstimmung mit der Arbeiter-Politik der Militärregierung". Auf gewerkschaftlicher Seite konnte dies nur als Zustimmung der Amerikaner zu ihren bisherigen Aktivitäten gedeutet werden. Dabei ist zu berücksichtigen, daß immer noch keine Genehmigung zur Wahl von Betriebsvertretungen vorlag.

Der Aufgabenkatalog der ersten Betriebsvertretungen war breit gefächert: Wer, wenn nicht die Arbeiterschaft, sollte dafür sorgen, daß die Produktion wiederaufgenommen bzw. unverzüglich auf Friedensgüterfertigung umgestellt wurde. Die Belegschaften mußten also ausreichend mit Lebensmitteln versorgt werden. Werkswohnungen wurden ausgewiesenen Antifaschisten neu zugewiesen, desgleichen Gärten, die eine bescheidene Selbstversorgung ermöglichten. Nicht alle Deutschen verstanden, daß die politisch Verfolgten des NS-Regimes hierbei eine bevorzugte Behandlung genossen. Ein Gewerkschafter, Philipp Holl, bis 1933 Vorsitzender der örtlichen Arbeiterwohlfahrt sowie SPD-Stadtrat und nun Chef des Personal-, Fürsorge- und Gesundheitsdezernats, war es, der Mitte Mai erstmals mit den Amerikanern über die Rückführung der Wiesbadener KZ-Häftlinge aus Dachau verhandelte.

Der Holzeinschlag in den Wäldern, die Trümmerbeseitigung, Reparaturarbeiten in den Betrieben, Wohnungen und öffentlichen Gebäuden mußten organisiert werden und vieles andere mehr. Ständig war mit den Vertretern der US-Militärregierung im Landeshaus zu verhandeln. Dort konnten immer wieder einmal auf dem Schwarzmarkt beschlagnahmte Waren akquiriert werden, um sie in

den Betrieben zur Verteilung zu bringen. Alle diese Artikel, Lebensmittel wie Kleidung, waren von den Empfängern auf einer Liste zu quittieren, die dann wiederum den Amerikanern vorgelegt wurde.

Ein noch weitaus größeres Problem war die Versorgung der übrigen Bevölkerung. Dies war zwar strenggenommen die Aufgabe der provisorisch eingesetzten Stadtregierung und der öffentlichen Verwaltung. Aber auch hier stellten die Gewerkschafter ihre ausgezeichneten Verbindungen gerne zur Verfügung. Später organisierten sie zudem spezielle Kartoffelkommandos, um die rechtzeitige Einkellerung der Winterkartoffeln zu gewährleisten. Ihr Beispiel machte Schule: Allmählich waren immer mehr Menschen dazu bereit, am gleichen Strang zu ziehen. Nur so konnte der Notlage halbwegs beigegeben werden.

Im Juni 1945 bestanden in 19 Wiesbadener Betrieben erste gewerkschaftliche Interessenvertretungen, in einigen anderen liefen die Vorbereitungen hierzu auf vollen Touren. Einem Bericht über den Stand der gewerkschaftlichen Reorganisation in den Stadtwerken vom 7. Juni ist zu entnehmen, daß schon damals für das Modell einer "Demokratischen Einheitsgewerkschaft" geworben wurde: Diese "Einheitsfront aller Schaffenden" müsse die "Arbeiter ohne Unterschied ihrer Stellungen, Rasse und Religion zusammenschmieden, um alle großen und schwierigen Aufgaben" meistern zu können. Wer nur in Resignation oder Kritik verharre, sei "keine Hilfe für den kommenden Gewerkschaftsaufbau". Dieser könne ausschließlich durch die tatkräftige Mithilfe, Mitberatung und Mitbestimmung aller bewältigt werden.

Die Bildung solcher Betriebsvertretungen und die Reorganisationsarbeit auf

Wiesbaden, den 27. 4. 1945

An die  
Betriebsvertretung der Fa. ....

Am Samstag, den 28. 4. vorm. 9.30 Uhr findet im Lokal Fürst,  
Wiesbaden, Hellmündstrasse 54

eine wichtige Sitzung der B.V.-Obmänner und ihrer Stellvertreter

statt. Die Obmänner und ihre Stellvertreter müssen unter allen Umständen pünktlich zu dieser Sitzung erscheinen. Es ist selbstverständlich, dass die Teilnahme der Betreffenden nicht zu einem Lohnausfall führen darf, da die Vertreter das gleiche Recht der Bezahlung in Anspruch nehmen müssen, wie die "Vertreter" der Nazi-Betriebsorganisationen. Den Betriebsleitungen ist dies mit allem Nachdruck klarzumachen.

Die namentlichen Listen der Betriebsvertretungen sind mitzubringen.

Ausschuss der Betriebsvertretungen.

der Funktionärebene griffen fugenlos ineinander. Sofern es sich um Beratungen im kleineren Kreis handelte, wurden diese direkt am Arbeitsplatz, auf dem Weg von dort nach Hause oder umgekehrt bzw. in den Wohnküchen der Gewerkschafter durchgeführt. Für größere Zusammenkünfte griff man auf Versammlungsräume von Lokalen zurück, ganz so wie im Kaiserreich, als man von eigenen Gewerkschaftsbüros meist nur träumen konnte.

Dort, wo es bislang keine Betriebsvertretungen gab, mußte schnellstens nachgeholfen werden. Engste Kooperation zwischen den jeweiligen Belegschaften und der kleinen Schar gewerkschaftlicher Aktivisten war unabdingbar. Am 15. Juli klagte Paul Krüger gegenüber einem Kollegen, daß in einigen wichtigen Betrieben bzw. Verwaltungen, darunter der Eisengroßhandel Hupfeld, die Metallwarenfabrik Lermer sowie das Telegraphenamnt, die Feuerwehr und die Krankenanstalten, noch immer keine Betriebsvertretungen bestünden. Deshalb bat er darum, die erforderlichen Kontakte umgehend herzustellen. Falls nötig, würde er sich persönlich mit den betreffenden Belegschaften in Verbindung setzen. Am gleichen Tag wandte sich Krüger auch an Dr. August Amann, den Präsidenten der Industrie- und Handelskammer (IHK), mit der Bitte, er möge ihm für die gewerkschaftliche Reorganisationsarbeit einen Auszug aus seiner Betriebsliste mit Nennung der jeweiligen Industriegruppe und gegebenenfalls auch der Belegschaftsstärke zur Verfügung stellen. Diese Angaben würden "nur als Unterlagen für die Gewerkschaftsbildung bei den Verhandlungen mit der Militärregierung" gebraucht.

Tatsächlich wurde dieses Material benötigt, um eine großangelegte Befragungsaktion in den Wiesbadener Betrieben durchzuführen. Die Offiziere der US-Militärregierung hatten zu verstehen gegeben, eine Gewerkschaftsgründung bedürfe in jedem Falle der breiten Zustimmung der am Ort Beschäftigten. Daher stellten die Gewerkschafter jedem über den Zentralausschuß erreichbaren Beschäftigten die Frage: "Bist du mit der Bildung der Demokratischen Einheitsgewerkschaft einverstanden?". Bis Mitte August lagen insgesamt 3250 positive Willenserklärungen vor, das erste und deutliche Vertrauensvotum für den gewerkschaftlichen Einheitsgedanken. Dieses Ergebnis war um so überzeugender, als auf der freien Rückseite der Zettel ein Betrag notiert werden konnte, den man für die Anschubfinanzierung der Gewerkschaftsarbeit zur Verfügung stellen würde. Der stolze Betrag von über 6000 Mark, den die Kolleginnen und Kollegen auf diese Weise avisierten, wurde dann tatsächlich auf Heller und Pfennig kassiert. Von diesem Geld konnten zunächst drei Sekretäre verpflichtet werden: Heinrich Ehrhardt, Otto Machwirth und Paul Krüger. Später stieß noch Dr. Otto Klette hinzu, ein früherer Angestellter des Hirsch-Dunkerschen Gewerkschaftsbundes der Angestellten (GDA). Damit war der erste hauptamtliche Funktionärskörper komplett, paritätisch besetzt mit Vertretern der beiden Arbeiterparteien. Weil Tatkraft, Initiative und Erfahrungen der alten Funktionäre aus der Weimarer Zeit und aus

dem Widerstand unverzichtbar waren, hatte die Basis durch die jeweils angekündigten Einzelspenden bereits unausgesprochen ihr Plazet erteilt. Der Wiederaufbauprozess wurde durch die Funktionäre zielstrebig unterstützt und forciert, verlief aber gleichwohl - in Wiesbaden wie andernorts - auch weiterhin stets basisdemokratisch.

## Warum Einheitsgewerkschaft?

Die Fusionsverhandlungen waren mit der Bildung des "Einheitsausschusses der Wiesbadener Gewerkschaftler" inzwischen zum Abschluß gelangt. Ein Vierteljahr zuvor, noch im Mai, war ein "Gemeinsames Arbeitskomitee von Gewerkschaftern in Wiesbaden" gebildet worden. Dieses hatte recht bald unter dem Titel "Warum die Einheitsgewerkschaft?" zwar kein fertiges Programm vorgelegt, zumindest aber doch eine umfassende programmatische Erklärung, die für das gesamte weitere Prozedere gute Dienste leisten sollte.

Was waren die Grundzüge des Dreiseitenpapiers? Um den alten Streit innerhalb der Arbeiterbewegung nicht durch wechselseitige Schuldzuweisungen unnötig wiederaufleben zu lassen, wurde kategorisch festgestellt: Wenn die Gewerkschaften als "die entscheidende antifaschistische Kraft" vor zwölf Jahren "vereint und eine aktiv kämpfende Organisation gegen den Faschismus gewesen" wären, hätte Hitler niemals die Macht erlangt. Weil sich aber die verschiedenen Gewerkschaftsrichtungen damals in den parteipolitischen Zwist hatten hineinziehen lassen, sei ihrer aller Kampfkraft entscheidend geschwächt worden. Deshalb könne "die Grundvoraussetzung für alle neuen Organisationen der arbeitenden Bevölkerung nur die Einheit sein". Es komme jetzt darauf an, daß "alle antifaschistischen Kräfte" die Bereitschaft aufbrächten, "eine neue demokratische Einheitsorganisation aufzubauen: die Einheitsgewerkschaft". Dies habe man aus den Fehlern der Vergangenheit gelernt. Es sei gewiß "keine einfache Aufgabe", weil immerhin eine "Organisation aller Männer und Frauen" geschaffen werden müsse, "unabhängig von ihrer politischen Einstellung und Religion". Aber ehemalige Mitglieder des ADGB sowie der christlichen Verbände seien sich darin "einig, daß diese Einheitsgewerkschaft größtmögliche Stärke im Interesse der arbeitenden Bevölkerung und des ganzen deutschen Volkes entfalten" könne.

Die "entscheidenden Merkmale dieser Einheitsgewerkschaft" wurden wie folgt definiert:

1. "kein Wiederaufbau der alten Gewerkschaften, möglicherweise unter neuem Namen"; Vereinigung sämtlicher Kräfte, unabhängig von ihrer Parteizugehörigkeit, "solange sie antifaschistisch sind"; Kooperation aller "Beamten,



*Chemische Werke Albert.*

- Angestellten und Arbeiter", um "den Grundstock zu legen für eine menschenwürdige und soziale Wirtschaft und Gesellschaft".
2. der Betrieb als Organisationseinheit der neuen Gewerkschaft; "Wahl der gewerkschaftlichen Repräsentanten" auf der Basis der "gemeinsamen Interessen aller Beschäftigten"; Vertretung der "Beamten, Angestellten und Arbeiter" im Betriebsrat "entsprechend ihres Anteils" an der Belegschaft; Entsendung eines Delegierten aus den Reihen des Betriebsrates in die Vertreterversammlung, welche "wiederum in geheimer Wahl den Gewerkschaftsvorstand wählen wird"; Berücksichtigung von "Persönlichkeit und allgemeinen geistigen Fähigkeiten eher als politische und religiöse Anschauungen" bei der Auswahl der Funktionäre; deren "eindeutig antifaschistische Haltung in den letzten 15 Jahren" als ausschlaggebendes Auswahlkriterium; Vereinigung separater Industriebranchen wie z.B. Metall-, Holz- und Lederindustrie sowie des Baugewerbes "in einem Block".

Kein Bürokratismus dürfe die "Arbeit der einzelnen Organisationen" hemmen. "Jede Industriegewerkschaft" werde "ihre eigene Führung haben, welche der allgemeinen Leitung untergeordnet" sei. "Eine der wichtigsten Aufgaben beim Aufbau der neuen Einheitsgewerkschaft" sei, so wurde nochmals hervorgehoben, die "Zusammenarbeit aller unterschiedlichen Parteien, die an der Gründung der Ge-

werkschaften interessiert sind", aber auch der "Aufbau eines gemeinsamen Arbeitskomitees". Dieses sei "Ausdruck des vereinten Willens und des Gedankengutes der demokratischen Einheitsgewerkschaft" und arbeite "auf der Grundlage absoluten gegenseitigen Vertrauens". Die Mitglieder des Komitees seien sich "der Verantwortung für ihre Aufgabe bewußt".

Wie viele Gewerkschaftsgründer in anderen Städten auch, erklärte man sich ausdrücklich in Einklang mit Eisenhowers Aufruf "An die deutschen Arbeiter". Die Forderung der Amerikaner, die neue Organisation müsse die christlichen Gewerkschafter miteinbeziehen, war nun ebenfalls erfüllt. Mit liberalen und kommunistischen Gewerkschaftern pflegte man zwar schon seit spätestens Anfang Mai einen regen Gedankenaustausch, organisatorisch waren sie hier noch außen vor geblieben. Eine wirkliche Einheitsgewerkschaft als Sammelbecken aller politischen Richtungen war dies damit natürlich noch nicht. Zudem war das vorgeschlagene Organisationsmodell inhaltlich so gut wie nicht unterfüttert, gerade was die Industriegewerkschaften betraf. Dies könnte durchaus Absicht gewesen sein. Man wollte den Amerikanern partout keinen neuerlichen Angriffspunkt bieten. Die Nennung der Arbeiter, Angestellten und Beamten in umgekehrter Reihenfolge ihres prozentualen Beschäftigtenanteils könnte schließlich mit der sozialen Herkunft der Verfasser des Papiers zu tun gehabt haben: Die Beamten und Angestellten sollten in eine im wesentlichen von Arbeitern konzipierte Organisation eingebunden werden, und deshalb wurden sie besonders umworben.

## Gewerkschaften "on the air"

Die Wiesbadener Radiohörer trauten ihren Ohren nicht, als sie durch den Äther plötzlich die Stimme Paul Krügers vernahmen. Es waren gewiß nicht wenige, die ihr Gerät eingeschaltet hatten. Anders als Lebensmittel, waren "Volksempfänger" reichlich vorhanden. Die Menschen lechzten nach Informationen, ganz egal welcher Art und Herkunft. Zum Glück brachte "Radio Frankfurt - Sender der amerikanischen Militärregierung" seit Anfang Juni ein zwar nicht umfangreiches, nichtsdestoweniger attraktives Programm, das sich wegen seiner Mischung aus Nachrichten, Anweisungen der Militäradministration, Suchmeldungen, vor allem aber wegen der ungewohnt heißen Rhythmen rasch wachsender Beliebtheit erfreute. Ende Juli, Anfang August diente das Wiesbadener Rathaus als Aufnahmeort einer damals geradezu sensationellen Sendereihe. Die Reportagen waren, obwohl sie jeweils erst mit mehrtägiger Verzögerung zur Übertragung kamen, brandaktuell: Regierungsdirektor Karl Helwig erläuterte die Arbeit des "Aufbau-Ausschusses Wiesbaden"; Polizeipräsident Magnus Heimannsberg wid-

mete sich den Problemen im Bereich der öffentlichen Sicherheit; der Chef des Arbeitsamtes Ferdinand Grün behandelte die katastrophale Situation auf dem Arbeitsmarkt; und Rudolf Jesinghaus, erster Leiter der Städtischen Betreuungsstelle für politisch, rassisch und religiös Verfolgte, brachte die in seinem Wirkungsbereich auftretenden Probleme zur Sprache: Alle Referenten gehörten dem "Aufbau-Ausschuß" an. Wegen der Zensur mußten sie den Wortlaut ihrer Beiträge schon einige Tage vor der Sendung schriftlich einreichen, in deutscher wie in englischer Version.

Paul Krügers Thema waren die Gewerkschaften. Ursprünglich hatte er am 20. Juli in einem Beitrag, der den Schwierigkeiten im Baubereich gewidmet war, in einem einzigen Satz auf die Notwendigkeit der "demokratischen Einheitsgewerkschaft" als "regelnder Faktor" zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern hinweisen wollen. Dies war dem amerikanischen Rotstift zum Opfer gefallen. Die Militärregierung befand allerdings, daß es nun allmählich an der Zeit sei, die Bevölkerung auf die wohl demnächst ins Haus stehende Wiederzulassung lokaler Gewerkschaften einzustimmen. Nichts leichter als das: Ein brauchbarer Redetext lag doch seit dem Frühjahr bereits vor. Ihn würde man für diesen Zweck lediglich ein wenig aktualisieren und präzisieren müssen.



Paul Krüger.

Krügers Gewerkschaftsreferat kam am 26. Juli zur Aufnahme. Er benutzte den stilistisch leicht verbesserten Text des Positionspapiers "Warum die Einheitsgewerkschaft?", ergänzt um einige knappe Passagen aus der gleichnamigen Exilzeitschrift vom April. Mittlerweile sollten auch liberale und kommunistische Gewerkschaftsmitglieder mit aufgenommen werden. "Wir wollen nicht die Wiedererstellung der alten Gewerkschaften unter altem oder vielleicht neuem Namen, sondern wir wollen die Zusammenfassung aller noch vorhandenen Überreste der gewerkschaftlichen Kräfte der früheren Gewerkschaftsorganisationen der verschiedenen Richtungen und aller übrigen antinazistischen Werktätigen", und zwar "in einer einzigen großen wirtschaftlichen Interessenvertretung für alle". Das war die Kernaussage des Vortrages. Hinweise auf den angestrebten Aufbau nach Industriegruppen, die Krüger ebenfalls bringen wollte, hatte wiederum die Zensur gestrichen.

Nach ihm durften noch drei weitere Gewerkschaftsvertreter Statements abgeben, und zwar in folgender Reihenfolge: Erich Zimmermann, bis 1933 Bezirksgeschäftsführer des GDA, Heinrich Ehrhardt vom früheren ADGB sowie ein Vertreter der christlichen Gewerkschaften. Sie legten kurz die Gründe dar, die aus ihrer Sicht für den Zusammenschluß sprachen. Regierungsrat Debusmann, Leiter des Dezernates für Arbeiter- und Angestelltenverbände und Sozialpolitik bei der Bezirksregierung, beschloß seine Moderation mit dem Hinweis, er freue sich "außerordentlich, daß man übereinstimmend den Gedanken einer demokratischen Gewerkschaft" hege. Er habe erfahren, daß "auch alle ehemaligen, alten Gewerkschaftssekretäre und Mitarbeiter in den Gewerkschaften die deutsche Einheitsgewerkschaft auf das herzlichste begrüßen". Sodann gedachte er der Männer, "die für ihre gewerkschaftliche Tätigkeit in den Konzentrationslagern gelitten oder ihr Leben gelassen" hatten. Nach heutigen Maßstäben war es ein Werbeblock allererster Güte, den die Amerikaner den Wiesbadener Gewerkschaftern in ihrem Rundfunk zur Verfügung stellten. Die Wiedergründung gewerkschaftlicher Interessenvertretungsorgane lag jetzt förmlich in der Luft.

## Der Lizenzantrag des "Einheitsausschusses der Wiesbadener Gewerkschaftler" vom 3. August 1945

"Die Vorschläge hinsichtlich der Neugründung von Gewerkschaften und Bildung von Betriebsräten" habe er "zur Kenntnis genommen". Er glaube, "daß es der alliierten Politik möglich sein wird, einen baldigen Beginn ihrer Arbeit zu gestatten", erklärte Oberst James R. Newman am 25. Juli während der ersten Wiesbadener Wirtschaftskonferenz im Landeshaus. Die Aussprache von Vertretern der Wirtschaft, der Bezirksregierung, der Stadtverwaltung und des "Aufbau-Ausschusses" mit dem erst kürzlich eingetroffenen Obersten Beauftragten der Militärregierung für den Regierungsbezirk Wiesbaden, der wenig später zum Direktor der US-Militärregierung für Groß-Hessen avancierte, war laut Aussage von IHK-Präsident Dr. Amann "reiner Befehlsempfang". Und Martin Nischalke, ein Sozialdemokrat, der während der ganzen zurückliegenden zwölf Jahre illegal gearbeitet hatte, jetzt Regierungsvizepräsident war und wenige Tage darauf zum Regierungspräsidenten in Wiesbaden ernannt wurde, empfand die Besprechung gleichfalls als "peinlich und demütigend". Die Amerikaner besaßen die Macht, und dies ließen sie auch jene Deutsche spüren, die den Nazifaschismus gewiß nicht zu verantworten hatten.

Auf die Frage der Zulassung von Parteien ging Newman mit keinem Wort ein.

Wiesbaden, den 7. Juni 1945

### B e r i c h t

aus den Stadtwerken Wiesbaden A.G.

Seit dem Einzug der amerikanischen Truppen hat sich das politische Bild wesentlich geändert. Mit dem Verschwinden der berüchtigsten Nationalsozialisten aus den Ämtern und Betrieben wurde auch in den Stadtwerken eine wesentliche Bereinigung vorgenommen. Wenn auch an manchen Stellen innerhalb des Gesamtbetriebes noch einige Nationalsozialisten sich geborgen fühlen, so werden wir gelegentlich auf Grund unserer systematischen Arbeit den Zeitpunkt ihrer Entlassung oder Massregelung bestimmen. Im Allgemeinen wurden fast alle Fragen ohne merklichen Widerstand im Sinne der antifaschistischen Auffassungen geregelt, zumal von unserer Seite auch die politische Vernunft mit einbezogen wurde. Wir wollen uns nicht rühen an den ungeheuerlichen Massnahmen, die im Jahre 1933 von Pickarski, Weissmantel und dem später berüchtigten Parteigenossen Frischkorn nebst seinen Spiesgesellen an den Betriebsangehörigen der damaligen Städt. Verkehrsbetrieben begangen wurden. Besonders Frischkorn war es, der einen Terror auf die Belegschaft ausübte, dass er als eine besondere Figur der Nazidiktatoren über allen stand. Es wird den meisten der heutigen Betriebsangehörigen hoffentlich eine bleibende Erinnerung sein, für die Zukunft nicht mehr ihre geistige Freiheit, sei es auf politischem oder persönlichem Gebiet freiwillig preiszugeben. Wohin solche Selbstaufgabe des eigenen persönlichen Lebens hinführt, haben uns die 12 Jahre "Hitlermacht" zur Genüge bewiesen. Es gilt deshalb heute schon der kommenden Gewerkschaftsbildung ein erhöhtes Interesse zu widmen. Dort liegt unsere Kraft und Stärke, in der Einheitsfront aller Schaffenden. Unser Grundsatz muss sein eine "Demokratische Einheitsgewerkschaft." Hier müssen sich alle Arbeiter ohne Unterschied ihrer Stellungen, Rasse und Religion zusammenschließen, um alle grossen und schwierigen Aufgaben, die noch vor uns liegen, zu meistern. Ein sich nur im Resignieren oder Kritizieren bewegender Arbeiter ist keine Hilfe für den kommenden Gewerkschaftsaufbau. Alle sollen und müssen tatkräftig helfen, mitberaten und mitbestimmen, diese schwere Aufgabe des Aufbaues der Gewerkschaften zu vollenden. Wir wollen deshalb mit ganzer Kraft an unser eigenes Werk gehen, die geistige und materielle Waffe des deutschen Arbeiters so zu schmieden, dass sie uns Garant sein soll, dass sich die Fehler, die gemacht wurden, in der Geschichte der Arbeiterbewegung niemals wiederholen. Deshalb muss jeder deutsche Arbeiter und jede Arbeiterin die politische Rückständigkeit durch doppelt eifrige Arbeit unter Beweis stellen und zeigen, dass er mit seinen selbst gewählten, aufrichtigen Arbeiterführern die alte Welt aus ihren Angeln zu heben vermag. Alle Ereignisse der letzten Jahrzehnte wurden teilweise durch den Unverstand der breiten Masse heraufbeschworen. Dieses soll mit als unsere höchste Aufgabe gelten, diesen Unverstand aller politischen Geschicknisse zu beseitigen. Darum vorwärts für den Arbeiter, durch den Arbeiter. Mögen diese Worte, die für alle Arbeiter Geltung haben, mit dazu beitragen, das Gewissen aufzurütteln, das sie unter dem Druck einer Schreckensherrschaft auf sich nahmen. Unseren Wegbereitern rufen wir zu, vorwärts zu schreiten und den Weg zur "demokratischen Einheitsgewerkschaft" zu ebnen, denn über allem:

"Im Anfang die Tat."

Zu diesem Zeitpunkt war die parteipolitische Reorganisation, die der beiden Arbeiterparteien und erst recht die des bürgerlichen Lagers, über Ansätze noch nicht hinausgelangt. Ganz anders dagegen die Gewerkschaften: Sie verfügten inzwischen wieder über eine - zumal in Anbetracht der desolaten Verhältnisse - durchaus ansehnliche Organisationsstruktur mit einem schwungvoll operierenden Funktionärskörper. Ihre Aktivitäten waren in Wiesbaden von den Amerikanern bisher nicht etwa nur stillschweigend toleriert worden. Der zuständige Mann der Militärregierung hatte vielmehr während der Monate Mai und Juni sämtliche führenden Repräsentanten der alten Gewerkschaftsströmungen der Reihe nach ins Landeshaus zitiert. Jeder einzelne mußte ihm seine Vorstellungen zum gewerkschaftlichen Wiederaufbau zu Protokoll geben. Es handelte sich hier um einen Offizier, der gewerkschaftlichen Fragen gegenüber recht aufgeschlossen war und die Bemühungen um die Einheitsgewerkschaft nach Kräften unterstützte. Das war nicht überall so, sondern variierte sehr, je nach persönlicher Einstellung der zuständigen Besatzungsoffiziere. Dies belegen die recht unterschiedlichen lokalen Gründungsverläufe im ganzen Land. In Frankfurt beispielsweise, wo ebenfalls sehr früh, Anfang April, ein erstes Gründungsgesuch eingereicht worden war, wurde die Gruppe um Willi Richter knapp ein Vierteljahr später angewiesen, nicht mehr als "Führer und Organisatoren des FDGB" aufzutreten. Erst als man sich dort uneingeschränkt um den Aufbau von Industriegewerkschaften bemühte, zeigten die Amerikaner wieder mehr Wohlwollen.

Ansonsten dürfte die entschieden prokapitalistische Grundeinstellung der zuständigen Besatzungsoffiziere gepaart mit ihren oft unverhohlenen zur Schau getragenen antideutschen Ressentiments den Reorganisationsprozeß der Gewerkschaften im Westen eher behindert denn gefördert haben. Während sich auf deutscher Seite unmittelbar nach der Befreiung kaum eine Stimme zu Wort meldete, die nicht für Sozialisierung oder zumindest für strenge Wirtschaftskontrollen eintrat, drängten die Westmächte massiv auf Restauration der kapitalistischen Strukturen. Aus diesem Grunde hatten das Modell einer antifaschistischen Volksrepublik, wie sie das "Buchenwalder Manifest" vom 13. April 1945 vorschlug, oder die gleichfalls basisdemokratischen Antifa-Ausschüsse der ersten Nachkriegsmonate niemals eine ernsthafte Chance, genauso wenig natürlich die gelegentlichen lokalen Experimente einer einheitlichen Arbeiterpartei. Die westlichen Alliierten begegneten sämtlichen antifaschistischen Basisinitiativen mit größtem Mißtrauen, gerade wegen der hier meist stark ausgeprägten kommunistischen Präsenz. Nichts fürchteten sie mehr, als daß der Sozialismus über den sowjetischen Herrschaftsbereich hinaus an Boden hinzugewönne. Dort jedoch hatten basisdemokratische Aktivitäten egal welcher Couleur schon gar keinen Spielraum: Den Sowjets war ausschließlich am Aufbau zentralistischer und damit leicht kontrollierbarer Strukturen gelegen.

An die

Militär-Regierung  
Reg.-Bezirk Wiesbaden

Wiesbaden.

Sitz Landeshaus

Unterzeichnete ehemalige Funktionäre aus allen Wiesbadener Gewerkschaftskreisen bitten hiermit die Militärregierung um Erteilung der Genehmigung, der Bildung einer demokratischen Einheitsgewerkschaft im Regierungsbezirk Wiesbaden, nach beigefügtem Vorschlag.

Einheitsausschuss  
der Wiesbadener Gewerkschaftler.

Es zeichnen:

Vertreter des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes:

• Krüger, Paul.....

• Ehrhardt.....

Vertreter der christlichen Gewerkschaften:

• Ferdinand, Grub.....

Vertreter der Hirsch-unterschen Gewerkschaft:

• Zimmermann.....

Wiesbaden, den 3. August 1945

Anfang Juli war nach zweistündiger Aussprache der "Einheitsausschuss der Wiesbadener Gewerkschaftler" beschlossene Sache. Ein einfacher Handschlag besiegelte die Übereinkunft. Alle waren sich darüber im klaren, daß die Aufbauarbeit nur "Stein um Stein, von unten nach oben" erfolgen könne. Deshalb müsse man seine Hauptaktivität auch künftig in den Betrieben entfalten. Man war sich sehr wohl bewußt, daß die Schaffung einer gewerkschaftlichen Einheitsorganisation an bestimmte günstige Voraussetzungen gekoppelt sein würde. Hierzu wurde festgestellt:

"Diese Vorbedingungen sind:

- 1.) Vertrauensvolle Zusammenarbeit der Funktionäre aller parteilichen Richtungen für die Schaffung einer Einheitsgewerkschaft.
- 2.) Einstimmige Festlegung aller Beteiligten auf einen Organisationsentwurf, ohne Berücksichtigung von Abweichungen und Vorschlägen anderer Art.
- 3.) Aufbau der Betriebsvertretungen auf der Grundlage der gewerkschaftlichen Einheitsfront".

Vier Wochen später - es war bereits erkennbar, daß die Befragungsaktion in den Betrieben ein deutliches Votum für die Einheitsgewerkschaft erbringen würde - glaubte man die Zeit reif für einen erneuten Vorstoß: Am 3. August 1945 reichte der "Einheitsausschuß der Wiesbadener Gewerkschaftler" im Landeshaus einen Antrag mit folgendem knappen Text ein: "Unterzeichnete ehemalige Funktionäre aus allen Wiesbadener Gewerkschaftskreisen bitten hiermit die Militärregierung um Erteilung der Genehmigung der Bildung einer demokratischen Einheitsgewerkschaft im Regierungsbezirk Wiesbaden nach beigefügtem Vorschlag". Für den ADGB unterzeichneten Paul Krüger und Heinrich Ehrhardt, für die christlichen Gewerkschaften Ferdinand Grün und als Vertreter der Hirsch-Dunckerschen, also der liberal-nationalen Gewerkschaften, Erich Zimmermann. Alle vier hatten schon an der Zusammenkunft vom 6. Mai teilgenommen und sich für den gewerkschaftlichen Wiederaufbau seither gewaltig ins Zeug gelegt. Und sie waren Antifaschisten. Alle hatten während der Diktatur mutig Widerstand geleistet: Ehrhardt in Verbindung mit sozialdemokratischen Oppositionskreisen, Grün und Zimmermann im Rahmen des überparteilichen, gleichwohl eher bürgerlich geprägten Freundeskreises um Heinrich Roos, dieser ebenfalls ein Gewerkschafter, ehemals Mitglied der Gewerkschaft der Kommunalbeamten und -angestellten. Durch Verbindungen Erich Zimmermanns zu Jakob Kaiser, Ernst Lemmer und Julius Leber war Roos' Widerstandszirkel sogar an den "20. Juli" angekoppelt gewesen. Und Paul Krüger schließlich hatte als politischer Leiter der Revolutionären Gewerkschafts-Opposition vor allem die ersten betrieblichen Widerstandsaktivitäten der Kommunisten organisiert. Deswegen hatte er fast vier Jahre in Gefängnissen und KZs zubringen müssen, zuletzt in Sachsenhausen bei Berlin. Auch Ferdinand Grün war wegen seiner Kontakte zur Opposition aus dem Bereich der katholischen Arbeitervereine jahrelang verfolgt und mehrmals inhaftiert gewesen. Warum Krüger, dessen Eintreten für die KPD stadtbekannt war, in diesem Lizenzantrag nicht als Vertreter der kommunistischen Gewerkschaftsrichtung, sondern als ADGB-Gewerkschafter geführt wurde, läßt sich leicht denken: Man wollte den Amerikanern keine Handhabe geben, die Gewerkschaftsgründung jetzt möglicherweise aus diesem Grund zu blockieren.

Bei dem im Antrag erwähnten "beigefügten Vorschlag" handelte es sich einfach um den schon bekannten Text "Warum die Einheitsgewerkschaft?". Offenbar hatte der zuständige Offizier der Militärregierung zwischenzeitlich signalisiert,

daß gegen dieses Positionspapier keinerlei Einwände erhoben werden könnten. Zeit war kostbar. Warum sollte man sich mit einer langwierigen Überarbeitung aufhalten? Man überreichte das Papier in unverändert gleicher Fassung, wie sie bereits seit dem Mai zirkulierte, lediglich ergänzt durch die erforderliche englische Übersetzung. Dies erklärt vielleicht, warum die deutsche Fassung des Lizenzantrages vom "Einheitsausschuß der Wiesbadener Gewerkschaftler", die englische Version ebenso wie die beiden Ausfertigungen des Positionspapiers dagegen vom früheren "Joint Working Committee of Trade-Unionists in Wiesbaden" bzw. vom "Gemeinsamen Arbeitskomitee von Gewerkschaftern in Wiesbaden" unterzeichnet waren. Der Text passierte die Hürde der Wiesbadener Militäradministration problemlos und wurde dann noch am 12. August für die Antragstellung in Berlin verwandt, also bei OMGUS, dem Office of Military Government der USA.

Dem "Antrag für die Erlaubnis zur Gründung einer Gewerkschaft" ebenfalls beizufügen war der Anhang "C". Aus diesem Fragebogen ergeben sich weitere wichtige Details: So wurde als Name für die zu genehmigende Organisation jetzt offiziell "Demokratische Einheitsgewerkschaft Wiesbaden" in Vorschlag gebracht, der geographische Einzugsbereich sollte auf das Stadtgebiet von Wiesbaden beschränkt sein, und es sollten sämtliche "Arbeiter, Angestellten und Beamten (männlich und weiblich) aller Berufsgruppen" zum Eintritt berechtigt sein. Nazis und Militaristen sollten zwar Mitglied werden dürfen, aber nur sofern sie keine Aktivisten gewesen waren, und auch sollten sie keine Ämter oder Vertrauensstellungen bekleiden dürfen. Diese Einschränkung war deshalb erforderlich, um einerseits den Vorschriften zu entsprechen, andererseits um nicht die zahllosen früheren DAF-Mitglieder zurückweisen zu müssen. Die DAF war ein der NSDAP angeschlossener Verband gewesen, dessen Chef Hitler direkt unterstanden hatte, und damit fiel sie schon unter die Entnazifizierungserklärung der "Proklamation Nr. 1" General Eisenhowers: Als "Organisatoren" der Gewerkschaft wurden die beiden Sozialdemokraten Heinrich Ehrhardt und Otto Machwirth sowie die Kommunisten Paul Krüger und Hans Quarch benannt. Auf der Rückseite war eine Reihe von Bestimmungen aufgeführt, die strikt zu beachten waren, darunter der



Ferdinand Grün.

Hinweis, daß auch "andere Gewerkschaften Arbeitnehmer der gleichen Fabrik, Industrie oder desselben Handwerks als Mitglieder aufnehmen" könnten, "in denen die obengenannte Gewerkschaft Mitglieder" habe, das Verbot zwangsweiser Mitgliedschaft, ebenso von Tarifverhandlungen, ein völliges politisches Betätigungsverbot, schließlich das Verbot jeder Tätigkeit, "die im Widerspruch zu den Zielen der Militärregierung" stehe.



Erich Zimmermann.

reine Verhandlungssache. "Die Ausdehnung der Organisation auf den Regierungsbezirk und den Anschluß an den FDGB (Freien deutschen Gewerkschaftsbund)" in Frankfurt bleibe jedoch "den weiteren Entscheidungen der Militärregierung vorbehalten". Paragraph 3 stellte unmißverständlich fest: "Es ist vornehmste Aufgabe und Pflicht aller Mitglieder, mit allen Kräften zu wirken, daß der Nazismus und Militarismus in Deutschland ausgerottet wird". Der erste Entwurf der Statuten datierte vom 19. August 1945 und war unterzeichnet mit "Der Einheitsausschuß der Gewerkschaften Wiesbaden" bzw. "The Unity Committee of the Unions Wiesbaden". Nun wurde das Fünfseitenpapier umgehend der Militärregierung nachgereicht. Alles weitere würde man abwarten müssen.

Was noch fehlte, waren die Statuten. Deren Erfordernis ging ebenfalls aus Anhang "C" klar hervor. Im Handumdrehen, aber dennoch mit größter Sorgfalt, arbeiteten die Experten einen Katalog von 17 Paragraphen aus, die tatsächlich von Bestand sein sollten. Sie widmeten sich Fragen der Mitgliedschaft, der organisatorischen Gliederung in Industrie- und in Fachgruppen, der Hauptverwaltung und der Hauptversammlung, der Aufklärungs- und Schulungsarbeit, der Austritts- bzw. Aus-schlußfrage, der Beitragsstaffelung und ähnlichen Dingen. Als Verwaltungsbe-reich wurde unter Paragraph 2 jetzt der "gesamte Stadtbezirk von Groß-Wiesbaden" genannt. Dies lief bereits auf eine unmerkliche Ausweitung des in Anspruch genommenen Organisations-bereichs hinaus und war im übrigen

## Okay zur Bildung von Gewerkschaften kann erteilt werden

Die vier Siegermächte besaßen die uneingeschränkte Weisungsgewalt. Am 5. Juni hatten sie sich in Berlin auf eine Erklärung zur Übernahme der "obersten Regierungsgewalt in Deutschland" geeinigt. Hieraus ergab sich u.a. die Einrichtung eines gemeinsamen "Kontrollrates" sowie die Feststellung über die vier Besatzungszonen. Auf der Konferenz der "Großen Drei" vom 17. Juli bis zum 2. August in Potsdam waren zwar noch prinzipielle Entmilitarisierung und Entnazifizierung sowie weitgehende Demokratisierung und Dezentralisierung Deutschlands nach dem Prinzip der Selbstverwaltung von unten nach oben beschlossen worden. Aber das Abkommen, dem Frankreich einige Tage später beitrug, bot in vielerlei Hinsicht bereits nur schwache Kompromißlösungen. Künftig sollte sich die Besatzungsherrschaft in den einzelnen Zonen zunehmend unterschiedlich entwickeln. Dies resultierte nicht nur aus dem systembedingten Gegensatz zwischen der Ost- und den Westzonen. Auch die Vorstellungen der drei Westmächte darüber, wie mit den Deutschen zu verfahren war, wichen teilweise kräftig voneinander ab. Ob Demontage oder Wirtschaftsförderung, ob rasche oder eher langsame Demokratisierung angebracht sei, auch viele andere Fragen wurden nicht einheitlich behandelt. Dies galt zwangsläufig auch für die gewerkschaftliche Reorganisation.

Während die Sowjets nur eine zentralistische Reorganisation der Gewerkschaften zuließen, um sie früh zum verlängerten Arm von KPD bzw. SED zu machen, wurde in den Westzonen der umgekehrte Weg gewählt. Hier waren bisher recht unterschiedliche lokale Organisationen zugelassen worden. Deren Testcharakter war unverkennbar. Seit dem Spätsommer verstärkten sich noch einmal die Interventionen der westlichen Besatzungsbehörden gegen Versuche einer zügigen, zumal zentralen Reorganisation. Man drängte auf eher behutsame Verbandsbildung denn auf rasche räumliche Reorganisation. Hierdurch verlangsamte sich das stufenweise Vorgehen von betrieblichen und örtlichen Gewerkschaften hin zum späteren Zusammenschluß auf Kreis- und dann auf Länderebene noch mehr. Die vorzeitige Machtkonzentration auf eine Organisationsspitze sollte mit allen Mitteln verhindert, der Gewerkschaftsbasis eine breite Willensbildung ermöglicht werden. Gewiß haben Befürchtungen vor dem Fortleben faschistischer Strukturen eine nicht unerhebliche Rolle hierbei gespielt.

Die gezielte Förderung autonomer Industriegewerkschaften zuungunsten einer allgemeinen Gewerkschaftsgründung ohne branchenmäßige Differenzierung in selbstständige Einzelverbände hatte ihre Ursache auch darin, daß die amerikanischen und britischen Besatzungsbehörden das Vorbild ihrer eigenen Gewerkschaften im Hinterkopf hatten. Diese waren keine Richtungsgewerkschaften, und sie basierten auf dem Prinzip einzelverbandlicher Autonomie bei föderativem Zusam-

menschluß zu einem Dachverband. Die Franzosen förderten zunächst den Aufbau christlicher Verbände, jedoch ohne sonderlichen Erfolg. Sie blockierten zudem jeden Ansatz zur Zentralisierung radikal, nicht nur in ihrer eigenen Besatzungszone, sondern auch im "Alliierten Kontrollrat". Im Laufe der nächsten Monate verstärkte sich - nicht zuletzt durch die zähe Überzeugungsarbeit, die amerikanische und englische Gewerkschafter in dieser Hinsicht leisteten - die Zustimmung deutscher Gewerkschaftskreise zur selbständigen Industriegewerkschaft nachhaltig. Erst vor diesem Hintergrund wird der Charakter der Wiesbadener und ähnlicher Gewerkschaftsgründungen an anderen Orten in vollem Umfang deutlich.

Der Wiesbadener Antrag war den Ereignissen ein wenig zuvorgekommen. Bisher hatten zwar die von Eisenhower vorgelegten Rahmenbedingungen schon in allen drei westlichen Besatzungszonen eine gewisse allgemeine Orientierung geboten. Aber erst die "Politischen Grundsätze" des "Potsdamer Abkommens", die hierbei einen Vorschlag der amerikanischen Delegation vom 17. Juli aufgriffen, stellten fest: "Die Schaffung freier Gewerkschaften, gleichfalls unter Berücksichtigung der Notwendigkeit der Erhaltung der militärischen Sicherheit, wird gestattet werden".

Am 6. August wandte sich General Eisenhower als Oberbefehlshaber der Amerikanischen Streitkräfte in Europa mit einer Botschaft "an das deutsche Volk in der Amerikanischen Besatzungszone". Hierin wurde nochmals bekräftigt: "Nationalsozialismus und Militarismus in jeglicher Erscheinungsform werden ausgerottet". Kriegsverbrecher würden ihrer "gerechten Strafe zugeführt", jegliche Möglichkeit zur Kriegsvorbereitung werde und bleibe "in Deutschland beseitigt". Es gehe aber nicht darum, "das deutsche Volk zu demütigen". Man werde ihm helfen, sein "Leben auf demokratischer Grundlage wieder aufzubauen". Schon jetzt sei eine Reihe deutscher Zeitungen zugelassen, dürften in den Betrieben "Vertrauensmänner" gewählt werden, und ebenso würde sich die Militärregierung von Deutschen in Ausschüssen beraten lassen. Dies alles werde "weiter ausgebaut werden". Dann wurde Eisenhower auch in gewerkschaftlicher Hinsicht konkret: "Es wird Euch gestattet werden, örtliche Gewerkschaften zu bilden und Euch örtlich politisch zu betätigen. Versammlungen zu diesen Zwecken dürfen mit Genehmigung der örtlichen Militärregierung abgehalten werden. Zu den vordringlichsten Aufgaben von Gewerkschaften und politischen Parteien gehört die Mitwirkung an solchen Maßnahmen, wie sie jetzt zur Vorbereitung auf den kommenden Winter notwendig sind. Volle Freiheit zur Bildung von Gewerkschaften und zur Ausübung politischer Tätigkeit in demokratischem Sinne werdet Ihr schnellstens dort erlangen, wo Ihr zeigt, daß Ihr bereit seid, solche Vorrechte verständig auszuüben. Es hängt von Euren eigenen Handlungen ab, wenn die noch bestehenden Beschränkungen von uns aufgehoben werden können".

Am 18. August veröffentlichte die US-Militärregierung in Frankfurt eine "Bekanntmachung über die Bildung von Gewerkschaften". Darin wurde kundge-

tan, daß "die freie Bildung von örtlichen Gewerkschaften für begrenzte Gebiete" zugelassen würde und daß sich, wer dies wünsche, wegen "Erlaubnis zur Bildung einer Gewerkschaft" an die Militärregierung in Frankfurt am Main wenden könne. Die meisten der zwölf Ausführungsbestimmungen der Bekanntmachung waren weitgehend identisch mit den schon im Anhang "C" des Wiesbadener Genehmigungsantrages aufgeführten Punkten. Erweiternd bzw. präzisierend waren hinzugekommen: die geographische Begrenzung des gewerkschaftlichen Aktionsradius auf Kreisebene, wobei "ein gemeinsamer Ausschuß oder Gewerkschaftsrat" in diesem Bereich durchaus zulässig sei; die gleichberechtigte Berücksichtigung "handwerklicher und industrieller Gewerkschaften"; schließlich der Hinweis, daß jede Mißachtung einer der genannten Bestimmungen "die Absetzung des verantwortlichen Funktionärs oder Mitgliedes und nötigenfalls die Auflösung der Organisationen zur Folge" habe. Das politische Betätigungsverbot war inzwischen entfallen. Trotz der gravierenden Einschränkungen war dies der entscheidende Durchbruch zur Neubelebung der demokratischen Willensbildung in der amerikanischen Besatzungszone.

Vier Tage später, am 22. August, folgten für Wiesbaden zwei Bekanntmachungen mit genaueren Bestimmungen, sowohl hinsichtlich der Anträge zur Bildung politischer Parteien und Gewerkschaften durch sogenannte Exekutivkomitees als auch in bezug auf die Wahl von Arbeitnehmervertretern. So hatten die Exekutivkomitees u.a. "einen vollständigen Entwurf ihrer Richtlinien, Ziele, Absichten und Zwecke" sowie eine ebenfalls komplette Liste ihrer Mitglieder und "beabsichtigten Treffpunkte" einzureichen; sie hatten die Militärregierung "vorher über alle Versammlungen und Unternehmungen" zu benachrichtigen, die dann "von einem dazu berechtigten Vertreter" der Besatzungsmacht besucht werden dürften; Versammlungsprotokolle sowie Rechenschaftsberichte "über die gefaßten Beschlüsse und Unternehmungen" waren binnen 24 Stunden einzureichen; und es war verboten, daß "eine politische Partei (oder eine Gewerkschaft) eine Mehrheit von ehemaligen Mitgliedern der NSDAP (usw.) hat, die die Führung an sich reißen würde".

Hinsichtlich der Wahl von Arbeitnehmervertretern wurde festgestellt, daß Beschäftigte "in einer Fabrik, einem Handels-, Finanz- oder anderen Geschäftsunternehmen oder einer öffentlichen Behörde" bzw. in "einer einzelnen Abteilung oder Berufsgruppe" der genannten Bereiche geheime Wahlen durchführen dürften; die Wahl der Arbeitnehmervertreter gelte jedoch jeweils nur "für die Dauer von drei Monaten"; die Wahlen würden dann genehmigt, wenn "mindestens ein Viertel" der Belegschaft bei der Militärregierung ein entsprechendes Gesuch stelle; Arbeitgebern sei jede Form der Wahlbeeinflussung oder der Benachteiligung von Arbeitnehmern wegen ihres Wahlverhaltens bzw. der Einflußnahme auf gewählte Arbeitnehmervertreter verboten; sie seien vielmehr dazu "verpflichtet, mit den Arbeitnehmervertretern über die Behebung von Mißständen gutwillig zu verhan-

## Militärregierung Deutschland-Amerikanische Zone

### Bekanntmachung über die Bildung von Gewerkschaften

1. Es entspricht der Politik der Militärregierung, die freie Bildung von örtlichen Gewerkschaften für begrenzte Gebiete zuzulassen. Diese Politik bildet einen Teil des allgemeinen Programmes der amerikanischen Besatzungstruppen, um es dem deutschen Volk zu ermöglichen, die Wiedergeburt und den Wiederaufbau wahrhaft demokratischer Kräfte in Deutschland anzustreben.
2. Eine Person oder Personen, welche dies wünschen, können sich wegen der Erlaubnis zur Bildung einer Gewerkschaft an die Militärregierung Frankfurt am Main wenden. Der Antrag wird auf von der Militärregierung gelieferten Vordruckem gestellt. Die Genehmigung zur Bildung einer Gewerkschaft unterliegt den nachstehenden Bedingungen:
  - a) Ehemalige Beamte der DAF, frühere Mitglieder der NSDAP oder Anhänger des Nationalsozialismus oder Militaristen dürfen keinerlei Amt oder Vertrauensstelle in der Gewerkschaft inne haben.
  - b) Wenn einer der Förderer der vorgeschlagenen Gewerkschaften Parteimitglied war, einerlei ob die Mitgliedschaft vor oder nach dem 1. Mai 1937 bestanden hat, so wird der Antrag abgelehnt.
  - c) Der Wirkungsbereich einer Gewerkschaft ist geographisch auf einen Kreis beschränkt. Jedoch ist ein gemeinsamer Ausschuss oder Gewerkschaftsrat innerhalb eines Kreises zulässig.
  - d) Wenn einer Gewerkschaft die Genehmigung zur Vertretung der Arbeitnehmer einer Fabrik, Industrie oder eines Handwerkes erteilt wird, so wird diese Genehmigung nicht notwendigerweise dazu führen, eine andere Gewerkschaft von der Werbung von Mitgliedern in der gleichen Fabrik, Industrie oder in dem gleichen Handwerk auszuschließen.
  - e) Handwerkliche und industrielle Gewerkschaften werden gleichermaßen berücksichtigt.
  - f) Die Gewerkschaft muß in ihren Statuten eine demokratische Wahl für ihre Funktionäre in regelmäßigen Zeitabständen vorsehen. Sechs Abschriften der Statuten müssen der Militärregierung übergeben werden, wenn sie von den Mitgliedern genehmigt worden sind.
  - g) Sechs Abschriften einer Liste mit Namen und Anschriften aller gewählten Funktionäre müssen bei der Militärregierung hinterlegt werden. Jede Änderung in der Zusammensetzung der Funktionäre oder Anschriftenänderungen müssen der Militärregierung sofort bekanntgegeben werden. Jeder Funktionär muß einen Fragebogen ausfüllen.
  - h) Aufzeichnungen über Mitgliedlisten, Sitzungs-, Versammlungs- und sonstige Verfahrensprotokolle und über die Buchführung müssen der Einsicht durch die Militärregierung zugänglich sein.
  - i) Zwangswise Mitgliedschaft ist verboten.
  - j) Löhne und die Anzahl der Arbeitsstunden können gegenwärtig nicht Gegenstand von Kollektivverhandlungen zwischen Gewerkschaft und Unternehmer sein.
  - k) Die Gewerkschaft darf keine Tätigkeit entfalten, die im Widerspruch zu den Zielen der Militärregierung steht.
  - l) Jede Verletzung irgendeiner der vorstehenden Bestimmungen hat die Absetzung des verantwortlichen Funktionärs oder Mitgliedes und nötigenfalls die Auflösung der Organisation zur Folge.

Frankfurt a. M., den 18. August 1945

**Im Auftrage der Militärregierung**

Der Stellvertreter des Militärregierungsleiters

deln"; extra hervorgehoben wurde sodann, daß diese Bestimmungen "nicht den Beitritt zu genehmigten Gewerkschaften" ausschließen, die "zur Zeit bestehen oder in Bildung begriffen sind"; die "Organisatoren einer Gewerkschaft" müßten allerdings "einen Antrag an die Militärregierung stellen und eine Genehmigung erhalten, bevor eine solche Gewerkschaft erlaubt wird"; und schließlich folgte noch der Hinweis, diese Anordnungen seien "vorläufig und bedeuten den ersten Schritt zur Wiederherstellung von freien und demokratischen Gewerkschaften". Unterzeichner dieser zweiten Bekanntmachung war Georg Krücke, den die Amerikaner am 21. April in sein früheres Amt als Oberbürgermeister wiedereingesetzt hatten. Der OB gab aber hier lediglich die Anweisungen von oben weiter, er selbst war über die zweieinhalb Wochen zuvor erfolgte Antragstellung durch den "Einheitsausschuß" offenbar nur vage informiert.

Unverzüglich mußten jetzt die Vertrauensleute in den Betrieben über den Stand der Dinge in Kenntnis gesetzt werden. Zu diesem Zweck wurden zusammenfassende "Erläuterungen zu den Bestimmungen der Militärregierung über die Zulassung von Gewerkschaften und Arbeitnehmervertreterwahlen" erstellt und in hektographierter Form in Umlauf gebracht. Der entscheidende Punkt, mit dem man sich auseinanderzusetzen hatte, wurde gleich im zweiten Satz des Papiers benannt: "Der Antrag auf Zulassung der Einheitsgewerkschaft ist nicht möglich, dagegen wird der Antrag auf Bildung von Verbänden für eine Industriegruppe genehmigt". Die Amerikaner hatten unmißverständlich zu verstehen gegeben, daß eine zentralistische Organisation nicht im Einklang stünde mit ihren eigenen Vorstellungen. Dem mußte mit Entschiedenheit entgegengewirkt werden. Die Courage, mit der die Gewerkschaftsgründer in dieser grundsätzlichen Frage der Besatzungsmacht entgegentraten, mag nur auf den ersten Blick erstaunen. Hatten sie nicht zuvor einem ganz anderen Gegner gegenübergestanden? Was war schon der Kampf gegen die - zugegebenermaßen strengen - Besatzungsbestimmungen im Vergleich zu dem, was ihnen während des Faschismus an Mut, Standfestigkeit und Opferbereitschaft abverlangt worden war? Die Einheitsgewerkschaft war ihre entscheidende Lehre aus dieser Auseinandersetzung auf Leben und Tod, und diese Lehre galt es unter allen Umständen durchzusetzen. Das waren sie ihren Opfern schließlich schuldig.

Sie instruierten ihre Vertrauensleute dahingehend, den Vorschriftenkatalog der Amerikaner peinlich genau zu beachten, damit diese keinen Anlaß zum Einschreiten erhielten. In puncto Einheitsgewerkschaft konnten sie keinen Kompromiß eingehen. Ihre Direktive lautete: "Da wir mit aller Schärfe auf dem Boden der Einheitsgewerkschaft stehen, muß jeder Versuch, für ein und dieselbe Industriegruppe mehrere Verbände anzumelden, rücksichtslos bekämpft werden". Hatte man mit dem "Einheitsausschuß" als einem "gemeinschaftlichen Gewerkschaftsbildungsausschuß unter Berücksichtigung aller früheren Gewerkschaftsrichtungen" bereits eine betrieblich recht gut verankerte Operationsgrundlage, so

mußten nun unverzüglich ähnliche Komitees möglichst auch in allen übrigen Betrieben und in den anderen Orten des Kreisgebietes geschaffen werden. Um die eigene Kampffront noch weiter zu stabilisieren, sollten "auch die noch nicht beschäftigten Arbeiter im Wohnortbereich zusammengefaßt, für die Gewerkschaft geworben und dann fachgruppenweise örtlich zusammengestellt werden". Und auch im Bereich der Arbeitnehmervertreterwahlen wurde möglichen Spaltungstendenzen von vornherein ein Riegel vorgeschoben: Es sei zweckmäßig, wenn "möglichst der ganze Betrieb (mit Ausnahme der Nazisten) den Antrag unterschreibt, um die Einreichung von mehreren Listen auszuschalten". Der Grundsatz sei, "daß nur eine Liste im Betrieb aufgestellt wird". Bei alledem müsse strikt darauf geachtet werden, "daß kein Nazi als Kandidat aufgestellt wird, weil dann die ganze Wahl ungültig" sei.

Gewerkschaftsarbeit ist immer und zuallererst Vertrauenssache. Die Entscheidung über die gesamte bisherige Reorganisationsarbeit, das wußte man sehr genau, würde in den Betrieben fallen, spätestens mit den ins Haus stehenden Gewerkschaftswahlen. Zudem war unumstritten, daß Gewerkschaften und betriebliche Arbeitnehmervertretungen für den gesamten "wirtschaftlichen Wiederaufbau und die politische Erziehung der Arbeiterschaft von so ausschlaggebender Bedeutung" seien, daß man alles daransetzen müsse, "die besten, zuverlässigsten und aktivsten Antifaschisten mit der Durchführung dieser Aufgaben in Gewerkschaft und Betrieb" zu betrauen. Man gelangte daher zu dem Resümee: "An unserer Tätigkeit entscheidet es sich, ob die Belegschaft das Vertrauen zu uns gewinnen kann. Daß wir für ihr Wohl und Wehe, für ihre Tagesnöte und Sorgen eintreten, wie wir die Überwindung der größten Schwierigkeiten im Betrieb meistern, die Betriebsproduktion entwickeln, damit neue Arbeitskräfte eingestellt werden können, all das sind die Fragen, die die Arbeiterschaft am meisten interessiert. Können wir sie lösen, dann werden sie sich unserer Führung anvertrauen".

Nur bei weiterhin absoluter Geschlossenheit in der Organisationsfrage und gleichzeitig kräftigem weiteren Ausbau der eigenen Basis bestand eine Chance, sich gegen den massiven Druck der Amerikaner zu behaupten. Die erwähnten Dokumente sprechen jenen Äußerungen bestimmter Gewerkschaftshistoriker hohn, nach denen die US-Militärregierung die deutschen Gewerkschafter in der Frage von zentralistischem oder föderativem Gewerkschaftsaufbau relativ frei habe entscheiden lassen. Das Gegenteil kommt der historischen Wahrheit erheblich näher: Überall dort, wo sich im Westen zentrale Einheitsgewerkschaften bildeten, kollidierten sie mit den konträren Absichten der jeweiligen Besatzungsmacht. Föderative Organisationsmodelle andererseits, die der Interessenlage der westlichen Alliierten eher entsprachen, hatten in der Regel mit erheblich weniger Schwierigkeiten zu kämpfen.

## Ein neues Leben beginnt!

Am 28. September 1945 war es dann soweit: Am gleichen Tag wie SPD, CDU und KPD - die Liberalen gab es zu diesem Zeitpunkt in Wiesbaden noch nicht - durften die Gewerkschaftsvertreter ihre Lizenzurkunde in Empfang nehmen. Erst am Vortag war diese von Major Frederick A. Sansome von der örtlichen Militärregierung in deutscher und englischer Ausfertigung unterzeichnet worden. Die Übergabe erfolgte durch den zuständigen Manpower-Offizier. Die Genehmigung wurde erteilt für die "Demokratische Einheitsgewerkschaft" im Stadtkreis Wiesbaden. Daß das zentralistische Organisationsmodell jetzt doch lizenziert wurde, hing mit verschiedenen Faktoren zusammen: Ein ausdrückliches Verbot mochten die Amerikaner trotz ihrer Abneigung gegenüber der Einheitsgewerkschaft nicht aussprechen; sie würden ihren Druck künftig subtiler ausüben. Sie hätten auch schlecht das von den Funktionären mit Entschlossenheit und bei breiter Zustimmung durch die gewerkschaftliche Basis vorgebrachte Begehren mißachten können, wollten sie mit ihren Demokratisierungsbekundungen nicht unglaubwürdig erscheinen. Abgesehen davon hatten die Gewerkschafter die Auflagen bisher strikt eingehalten. Und auch hatten sie bei den zuständigen örtlichen Besatzungsoffizieren zähe Überzeugungsarbeit geleistet, so daß zumindest deren Fürsprache sicher war.

Die Gewerkschaftsarbeit blieb strengstens reglementiert: Natürlich war nach wie vor untersagt, daß "ehemalige Beamte der DAF, frühere Mitglieder der NSDAP oder Anhänger des Nationalsozialismus oder Militaristen" Ämter oder Vertrauensposten in der Gewerkschaft bekleiden könnten; Zwangsmitgliedschaft war verboten, desgleichen - und zwar für recht lange Zeit noch - alle "Kollektivverhandlungen zwischen Gewerkschaft und Unternehmern" über Löhne und Arbeitszeit; trotz Lizenzerteilung für eine Einheitsgewerkschaft sollte es weiterhin möglich sein, "daß andere Gewerkschaften Arbeitnehmer der gleichen Fabrik, Industrie oder desselben Handwerks als Mitglieder aufnehmen können" - hierdurch hielten die Amerikaner den Weg frei für eine von ihnen gewünschte Umorientierung in föderativer Richtung; und zu guter Letzt wurde nochmals betont, daß die Gewerkschaft keinerlei Aktivität entfalten dürfe, die "im Widerspruch zu den Zielen der Militärregierung" stehe. Die Bestimmungen der Lizenzurkunde deckten sich fast wörtlich mit jenen im Anhang "C" zum Genehmigungsantrag bzw. aus der Bekanntmachung vom 18. August.

Diese Lizenz ließ an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig. Trotzdem kannte die Freude der Wiesbadener Gewerkschaftsgründer keine Grenzen. Sogar ihre Verärgerung darüber war verflogen, daß der von OMGUS Berlin erteilte Genehmigungsbescheid zwei Wochen lang im Landeshaus geschmort hatte. Das konnte mit dem personellen Wechsel in der Manpower-Abteilung zu tun gehabt haben

HEADQUARTERS  
STADTKREIS MILITARY GOVERNMENT  
STADTKREIS WIESBADEN  
Det F-15, Co D, 2d Mil Govt Regt  
APO 758

IS/Mod/Hm.

Wiesbaden, Germany (03664)

27 September 1945.

Betrifft: Genehmigung zur Bildung einer Gewerkschaft.

An : Die Demokratische Einheitsgewerkschaft,  
Wiesbaden.

1. Hiermit wird die Genehmigung für die Bildung der folgenden Gewerkschaft erteilt:

DEMOKRATISCHE EINHEITSGEWERKSCHAFT

2. Der örtliche Wirkungskreis der obengenannten Gewerkschaft wird bis auf weiteres wie folgt begrenzt:

STADTKREIS WIESBADEN

3. Die Erlaubnis für die Bildung und Tätigkeit der obengenannten Gewerkschaft wird unter den folgenden Bedingungen erteilt:

- a. Ehemalige Beamte der DAF, frühere Mitglieder der NSDAP oder Anhänger des Nationalsozialismus oder Militaristen dürfen keinerlei Amt oder Vertrauensstelle in der Gewerkschaft innehaben.
- b. Diese Erlaubnis schliesst nicht aus, dass andere Gewerkschaften Arbeitnehmer der gleichen Fabrik, Industrie oder des selben Handwerks als Mitglieder aufnehmen können, in denen die obengenannte Gewerkschaft Mitglieder hat.
- c. Die Gewerkschaft muss in ihren Statuten eine demokratische Wahl für ihre Funktionäre in regelmäßigen Zeitabständen vorsehen und muss jederzeit nach anerkannten, demokratischen Grundsätzen handeln. Sechs Ab-

- 2 -

schriften der Statuten müssen der Militärregierung übergeben werden, wenn sie von den Mitgliedern genehmigt worden sind.

- d. Sechs Abschriften einer Liste mit Namen und Anschriften aller gewählten Funktionäre müssen bei der Militärregierung hinterlegt werden. Jede Änderung in der Zusammensetzung der Funktionäre oder Anschriftenänderungen müssen der Militärregierung sofort bekanntgegeben werden. Jeder Funktionär muss einen Fragebogen ausfüllen.
  - e. Aufzeichnungen über Mitgliedlisten, Sitzungs-, Versammlungs- und sonstige Verfahrensprotokolle und über die Buchführung müssen der Einsicht durch die Militärregierung zugänglich sein.
  - f. Zwangsweise Mitgliedschaft ist verboten.
  - g. Löhne und die Anzahl der Arbeitsstunden können gegenwärtig nicht Gegenstand von Kollektivverhandlungen zwischen Gewerkschaft und Unternehmer sein.
  - h. Die Gewerkschaft darf keine Tätigkeit entfalten, die im Widerspruch zu den Zielen der Militärregierung steht.
4. Jede Verletzung irgendeiner der vorstehenden Bestimmungen hat die Absetzung des verantwortlichen Funktionärs oder Mitgliedes und nötigenfalls die Auflösung der Organisation zur Folge.

IM AUFTRAGE DER MILITÄRREGIERUNG:

*Frederick A. Sansome*

FREDERICK A. SANSOME  
Major, OMP  
Military Government Officer

oder auch damit, daß die Amerikaner möglicherweise von vornherein beabsichtigt hatten, den Parteien und der Gewerkschaft ihre Lizenzen gleichzeitig zu überreichen. Egal, endlich ließ sich die gewerkschaftliche Wiederaufbauarbeit auf legaler Grundlage weiter voranbringen, und nur dies allein zählte.

Schon knapp zwei Wochen vorher, am 17. September, hatte der "Einheitsausschuß der Gewerkschaft Wiesbaden", so die Bezeichnung für das letzte organisatorische Baugerüst für die Einheitsgewerkschaft, bei der Militärregierung um Erteilung einer "Genehmigung zur Durchführung einer Versammlung von Gewerkschaftsvertretern aus verschiedenen Wiesbadener Betrieben" ersucht. Man rechne mit etwa 250 Teilnehmern und wolle im großen Saal des Gewerkschaftshauses in der Wellritzstraße 49 tagen. Einziger Punkt der Tagesordnung: "Bildung der demokratischen Einheitsgewerkschaft".

Die Versammlung fand am 4. Oktober statt. Es war die erste große Gewerkschaftsversammlung am Ort seit zwölfjährig Jahren. Fast 400 Delegierte aus etwa 60 Wiesbadener Betrieben und quer durch sämtliche Berufsgruppen waren erschienen. Heinrich Ehrhardt eröffnete die Zusammenkunft und begrüßte die Vertreter der Bezirksregierung, der drei Parteien sowie der Arbeiterwohlfahrt. Anschließend gab Paul Krüger einen Bericht über die Arbeit des vergangenen halben Jahres. Otto Machwirth, der seit Anfang August im gegenüberliegenden Haus Wellritzstraße 46 das Sozialbüro betreute, wandte sich sozialpolitischen Fragestellungen zu. Und Heinrich Ehrhardt erläuterte schließlich die Aufgaben der Betriebsvertretungen. Seine Erklärung, in fast allen Betrieben würde bereits die Versorgungsaktion mit Winterkartoffeln und mit Holz durchgeführt, fand größten Applaus. Es komme vor allen Dingen darauf an, appellierte er zum Schluß an die Delegierten, daß sie die Arbeiterschaft in den Betrieben "zur aktiven Teilnahme am Aufbau neuen Lebens" wachriefen. Der Bericht im Wiesbadener Kurier vom 10. Oktober endete mit dem bemerkenswerten Hinweis: "Mit großem Beifall wurden insbesondere die Ausführungen der Parteiredner aufgenommen, die versicherten, daß ihre Arbeit in Zukunft der Einheit des gesamten werktätigen Volkes gelte".

Ebenfalls am 4. Oktober wurden an allen Litfaßsäulen, in den Betrieben und in den Behörden der Stadt große Werbeplakate angeschlagen. Der gewerkschaftliche "Einheitsausschuß", vertreten durch Paul Krüger, Otto Machwirth, Hans Quarch, Heinrich Ehrhardt und Ferdinand Grün, informierte die "werktätigen Männer und Frauen" über die Gründung der "Demokratischen Einheitsgewerkschaft". Diese sei die Interessenvertretung aller Beschäftigten, ohne Unterschied des Geschlechts, des Berufs oder der Partei. Neben der Schaffung der "ersten Voraussetzungen zur Sicherstellung und Verbesserung unserer Lebensexistenz" gehöre die Herbeiführung "einer gerechten, sozialen Ordnung in der Wirtschaft des kommenden neuen demokratischen Volksstaates" zu den Aufgaben der Gewerkschaft. Es gebe "keine Sonderinteressen mehr", alles müsse "im Gesamtin-

# Arbeiter, Angestellte und Beamte Werkstätige Männer und Frauen !

Nach 12 Jahren Hitler-Diktatur, einer Aera tiefster Erniedrigung und Rechtlosigkeit,urchbarster Verfolgungen und blutigster Unterdrückung, ist das deutsche Volk vor sechs Monaten durch die Heere der Vereinten Nationen von einer Sklaverei befreit worden, wie sie in der Geschichte der ganzen Menschheit nur einmal vorkommt.

Millionen werktätiger Männer und Frauen, welche nach Zerschlagung und Auflösung in ihren über 80 Jahren bestandenen Gewerkschaftsorganisationen organisatorisch verloren waren, wurden in die DAF hineingepreßt, der größten Zwangsorganisation der Welt.

Diese DAF stand ausschließlich im Dienste der Kriegspolitik und somit im Dienste der Zerstörung der Wirtschaft und des Volkes.

Nun beginnt ein neuer Abschnitt in der Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung.

Mit Genehmigung der amerikanischen Militärregierung können sich jetzt die Arbeitnehmer im Stadtkreis Wiesbaden in einer demokratischen Gewerkschaftsorganisation zusammenschließen.

Die Entwicklung des demokratischen Lebens hat hiermit seinen Anfang genommen.

Die Männer, welche die Aufgabe der Gewerkschaftsneubildung übernommen haben, sind sich ihrer Verantwortung bewußt.

In der Erkenntnis, daß die Lehren der Vergangenheit, gehen diese Männer einig, daß nur eine Gewerkschaftsorganisation gebildet werden darf. Sie vertreten in einem Einheitsausschuß alle früheren Gewerkschaftsrichtungen.

## Die demokratische Einheitsgewerkschaft

ist die Organisation aller Arbeitnehmer, männlich oder weiblich. Ganz gleich, ob Beamter, Angestellter oder Arbeiter, ob Sozialdemokrat, Kommunist oder Christlicher. Alle, ohne Ausnahme gehören jetzt zusammen. Es gibt nur noch eine Interessenvertretung.

Die Einheitsgewerkschaft ist die demokratische Wirtschaftsorganisation der gesamten Arbeitnehmerschaft und schaltet sich aktiv in den Wiederaufbau des gesamten Wirtschafts- und Kulturlebens ein. Die Sofortaufgaben der Gewerkschaft bestehen in der Mithilfe bei:

1. Beseitigung aller Nazi-Aktivisten und ihrer militäristischen Hinterkammer aus den Kommandostellen der Wirtschaft.
2. Aufbau und Wiederherstellung der zerstörten Betriebe.
3. Umstellung der gesamten Produktion auf Friedensarbeit.
4. Maßnahme zur Sicherstellung der Ernährung und zur Schaffung von Wohnraum.

Diese 4 Punkte sind die ersten Voraussetzungen zur Sicherstellung und Verbesserung unserer Lebensexistenz!

Neben diesen Sofortaufgaben hat sich die Einheitsgewerkschaft noch große Aufgaben zur Schaffung einer gerechten, sozialen Ordnung in der Wirtschaft des kommenden neuen demokratischen Volksstaates gestellt.

Es gibt heute keine Sonderinteressen mehr!

Alles, was getan werden muß, muß im Gesamtinteresse des Volkes geschehen!

**Arbeitnehmer! Die Einheitsgewerkschaft ist eure Organisation! Auf demokratischen Grundsätzen, von unten nach oben, aufgebaut, ist sie die wirtschaftliche Interessenvertretung des schaffenden Volkes.**

**Alle ziehen wir die große Lehre aus der Vergangenheit und organisieren uns in der demokratischen Einheitsgewerkschaft!**

## EINHEITSAUSSCHUSS DER GEWERKSCHAFTEN WIESBADEN

Paul Krüger      Otto Machwirth      Hans Quarch      Heinrich Ehrhardt      Ferdinand Grün

Beitrittserklärungen im Betrieb und auf dem Büro Wellritzstraße 49 erhältlich

teresse des Volkes geschehen". Wenngleich nicht immer deutlich ausformuliert, waren damit alle gewerkschaftlichen Hauptforderungen der ersten Nachkriegszeit auf dem Tisch: Entnazifizierung, Demokratisierung, Sozialisierung und Mitbestimmung. Selbstverständlich war der Plakataushang zuvor der Militärregierung zur Prüfung und Genehmigung vorgelegt worden, und zwar gleich am nächsten Tag nach dem Erhalt der Lizenzurkunde.

Fünf Tage nach der Delegiertenversammlung wurde bei der Militärregierung die Genehmigung des ersten Flugblattes beantragt. Allein der Titel "Ein neues Leben beginnt! Weg mit der Mutlosigkeit und Depression!" sagte schon alles über die verheerende Grundstimmung in der Bevölkerung. Man dürfe sich jetzt nur nicht niederdrücken lassen von den vielfältigen Sorgen und Problemen, nicht "mutlos in Verzagtheit untergehen". Alle müßten nun "im Dienste des Neuaufbaus" freiwillig ihre "Pflicht erfüllen". Die arbeitende Bevölkerung wurde geradezu beschworen, wieder Vertrauen in die eigene Kraft zu setzen: "Macht Euch frei von dem Schutt der Vergangenheit und faßt Mut und Hoffnung auf die Zukunft. Die demokratische Einheitsgewerkschaft ist Eure Interessenvertreterin". Die Parole wurde ausgegeben: "Kopf hoch und angefaßt! Nur durch unsere eigene Kraft können wir unser neues Leben aufbauen! Wir müssen weiterleben!".

Die ungeheure Überzeugungs- und Mobilisierungsarbeit, die innerhalb und außerhalb der Betriebe zu leisten war, bedurfte entsprechend qualifizierter Funktionäre. Die Lücken, die Nazifaschismus und Krieg in die eigenen Reihen geschlagen hatten, waren tagtäglich spürbar. Auch in dieser Hinsicht mußte wieder fast ganz von vorne angefangen werden. Noch im Oktober wurde deshalb speziell für die Funktionäre ein vierseitiges hektographiertes Mitteilungsblatt unter dem Titel "Information. Schulungsblätter für Betrieb und Gewerkschaft" herausgegeben. Dieses Info, als Ersatz bis zur Schaffung einer Gewerkschaftszeitung gedacht, sollte in beschränkter Auflage und in vierzehntägigem Abstand erscheinen. Es ist lediglich in einem einzigen Exemplar seiner ersten Ausgabe überliefert. Manches spricht dafür, daß infolge Papierknappheit und kompliziertem Genehmigungsverfahren überhaupt keine weiteren Nummern mehr erschienen sind.

Die Geschichte der Gewerkschaftsbewegung war eines der Schwerpunktthemen, mit denen sich diese "Information" beschäftigte: Zwar sei es dem Faschismus gelungen, "die früheren Gewerkschaften als Organisationen zu zerschlagen", deren "geistiger Inhalt", der "tief in den werktätigen Massen verwurzelt" sei, habe sich nicht vollständig ausrotten lassen. Hieran müsse wiederangeknüpft werden. Dies bedeute nicht, daß man "heute einfach dort neu anfangen" könne, "wo vor zwölf Jahren der Schlußpunkt gesetzt wurde". Um "die Fehler der Vergangenheit zu vermeiden", habe man sich zur "Demokratischen Einheitsgewerkschaft" zusammengeschlossen. Die geschichtlichen Wurzeln dieses Organisationsmodells müßten allen Mitgliedern und Funktionären durch "umfassende Schulung" nahegebracht werden. Dies sei um so mehr erforderlich, als sogar "viele alte Gewerk-

*Ein*  
**neues Leben**  
*beginnt*



*Weg mit der*  
**Mutlosigkeit und Depression**

Gewiß haben wir große Sorgen! Keine Familie ist von den Schrecken der Vergangenheit verschont geblieben. Wir kennen diese Sorgen. Überall stoßen wir auf sie.

Die trauernden Mütter und Frauen. Die verstümmelten und körperlich gebrochenen Söhne unseres Volkes. Die elternlos gewordenen Kinder. Die heimatlos Gewordenen. Die zerschlagenen Wohnstätten. Die verwüsteten Fabriken. Die zerstörten Kultureinrichtungen.

Dies sind die furchtbaren Tatsachen, die uns täglich begegnen.

Aber, Männer und Frauen des werktätigen Lebens!  
Wollen wir uns niederdrücken lassen von diesen Sorgen?  
Wollen wir mutlos in Verzagtheit untergehen?

***Nein! Weiterleben wollen wir!***

So, wie wir noch vor acht Monaten unter dem blutigen Terror wahnsinnig gewordener Kriegsverbrecher zwangsweise im Dienste der Zerstörung und der Vernichtung gestanden haben, so müssen wir jetzt freiwillig im Dienste des Neuaufbaues unseres neuen Lebens unsere Pflicht erfüllen!

## ***Den einzigen Wert, den wir noch besitzen, ist unsere Arbeitskraft!***

Dieser Wert muß voll aktiviert werden!

Niemand wird uns helfen, wenn wir uns nicht selbst helfen!

Aus dem Chaos der zerstörten Wirtschaft können wir aber nur mit organisierter Kraft herauskommen.

Die neue Gewerkschaftsbewegung wird in

### ***einheitlichem Zusammenschluss***

aller Arbeitnehmer eine der wichtigsten und entscheidendsten Aufbauorganisationen sein.

### ***Arbeiter, Angestellte und Beamte! Männer und Frauen!***

Gewinnt wieder Vertrauen zu Eurer eigenen Kraft! Macht Euch frei von dem Schutt der Vergangenheit und faßt Mut und Hoffnung auf die Zukunft.

### ***Die demokratische Einheitsgewerkschaft ist Eure Interessenvertreterin***

Sie ist wieder die freie Organisation, weil sich in ihr freie Menschen organisieren!

Weg mit der Depression, Kopf hoch und angefaßt!

Nur durch eigene Kraft können wir unser neues Leben aufbauen!

# **Wir müssen weiterleben**

**Demokratische Einheitsgewerkschaft Wiesbaden**

Wiesbadener Kurier — Wiesbadener Verlag GmbH.

schafter" durch die "Nazi-Ideologien und -Phrasen der Gewerkschaftsbewegung entfremdet" worden seien. Noch wichtiger sei es, dies jenen zu vermitteln, die erst nach 1933 ins Berufsleben eingetreten und "nur in den seltensten Fällen über das Wesen und Wirken von Gewerkschaften unterrichtet" seien. "Gerade auf den Nachwuchs aber" komme "es entscheidend an".

Eine ganze Seite widmete das Info der Situation in den Betrieben. Im zurückliegenden Monat - der Bericht datiert vom 10. Oktober 1945 - hätten bereits über 30 Betriebe Arbeitnehmervereinerwahlen durchgeführt. Fast ausnahmslos sei "die Einheitsliste zur Abstimmung gestellt und mit Mehrheit gewählt" worden. Meistens seien "die seitherigen Betriebsvertretungen" bestätigt worden. Dies zeige, "daß die Kollegen sich das Vertrauen durch ihre nicht immer leichte Tätigkeit im Interesse der Arbeitnehmerschaft erworben" hätten. Allerdings würde in den Betriebsversammlungen der Druck der "DAF-Packung nach dem Rezept Dr. Ley", durch den "viele Arbeiter zum willenlosen Herdenvieh herabgewürdigt" worden seien, noch deutlich spürbar sein. "Der innere Umwandlungsprozeß dieser Menschen, die Loslösung von der zwangsweisen 'Gefolgschaft', die Beseitigung der sklavenhaften Unterwürfigkeit ihres niedergedrückten Wesens", das sei "eine der wichtigsten Erziehungs- und Aufklärungsarbeiten der Gewerkschaft". Es müsse hier "ein ganz neuer Geist" einkehren, "der Geist des freien, selbstbewußten Menschen!".

Anschließend wurden die "Aufgaben der Betriebsvertretungen" skizziert. Die Beschaffung von Ernährung, Kleidung und Wohnraum stand weiterhin an oberster Stelle des Kataloges gewerkschaftlicher Sofortmaßnahmen, gefolgt von innerbetrieblicher Entnazifizierung, der Umstellung auf Friedensproduktion sowie der Einführung der Planwirtschaft. Die Begründung hierfür gibt Interpretationskünstlern keinen Spielraum: "Wenn wir heute die Fabriken wieder aufbauen und in Gang bringen, so nur deswegen, weil wir die Waren und die Güter brauchen, um unser Leben wieder zu normalisieren. Die Zeiten der großen Gewinne sind endgültig vorüber. Aus der Not des deutschen Volkes kann und darf niemand Kapital schlagen. Die Arbeitnehmervertretungen sind die gewerkschaftlichen Pioniere zur Schaffung demokratischer Wirtschaftsprinzipien". Was damit gemeint war, dafür mußte damals in keinem Fachlexikon nachgeschlagen werden. Noch ein Jahr später, am 29. Oktober 1946, beschlossen die Vertreter von SPD, CDU und KPD gegen die Stimmen der Liberalen in der Verfassungsberatenden Landesversammlung Groß-Hessen jenen Verfassungstext, dessen Artikel 41 unmißverständlich die Sofortsozialisierung der Grundindustrien vorsah. Aus dem Kreis der Wiesbadener Gründungsgewerkschafter waren übrigens Ferdinand Grün und Paul Krüger in dem Gremium vertreten. Die Sozialisierungsvorschrift schmeckte den Amerikanern ganz und gar nicht. Deshalb ließen sie die hessischen Wählerinnen und Wähler am 1. Dezember 1946 - zusätzlich zu den ersten Landtagswahlen und der Volksabstimmung über die gesamte Verfassung - über Artikel 41 gesondert

(Als Brief an die Funktionäre)

Schulungsblätter für Betrieb und Gewerkschaft.  
Herausgeber von der demokratischen Einheitsgewerkschaft  
Wiesbaden (ersch. 2 x im Monat)

### Einführung.

Durch eine mühselige, intensive Kleinarbeit mehrerer Kollegen, welche ihre ganze Kraft der Neuorganisation der Gewerkschaftsbewegung gewidmet haben, sind in Wiesbaden die günstigsten Vorbedingungen geschaffen worden, welche einer Einheitsorganisation vorangestellt werden müssen.

Diese Vorbedingungen sind:

- 1.) Vertrauensvolle Zusammenarbeit der Funktionäre aller parteilichen Richtungen für die Schaffung einer Einheitsgewerkschaft.
- 2.) Einheitliche Festlegung aller Beteiligten auf einen Organisationsentwurf, ohne Berücksichtigung von Abweichungen und Vorschlägen anderer Art.
- 3.) Aufbau der Betriebsvertretungen auf der Grundlage der gewerkschaftlichen Einheitsfront.

Als vor mehreren Wochen hier in Wiesbaden vier Kollegen in einer zweistündigen Aussprache, mit der Bildung des Einheitsausschusses der Gewerkschaft, den Grundsätzen der Einheitsorganisation lauten, da war man sich im klaren, dass die Einheit nur Wirklichkeit werden kann, wenn sie von unten nach oben aufgebaut wird. So legte auch der F-Ausschuß seine Hauptrichtigkeit in die Betriebe. Die Willenserklärungen, welche von 3.250 Arbeitern, Angestellten, und Beamten ausgefüllt wurden, war für die Wanner der Organisation des Einheitsgedankens das erste Vertrauensvotum aus der erwartenden Masse. Heute besteht in den Betriebsvertretungen der nahezu 50 Betriebe und behördl. Verwaltungen ein anscheinlich Vertrauensträgerkörper, welcher dem Einheitsausschuß hilfreich und stark zur Seite steht. Nach wegen ehen wir den kommernden Aufgaben, wie sie die Legalisierung der Einheitsgewerkschaft bringt, zuversichtlich entgegen. Viel Arbeit und unmühselig Mitarbeit, wird notwendig sein für den Aufbau und die Organisation der demokratischen Einheitsgewerkschaft.

Hier wird man sich hauptsächlich beschäftigen müssen, den wir behalten können. Der Mangel an gewerkschaftlicher Schulung. Wir haben uns entwaffnet eben, bis zur Organisation einer Gewerkschaftszentrale eine "Information" für unsere Mitarbeiter herauszugeben, welche als Brief von einzelnen, erschienen wird. Diese "Information" soll unseren Kollegen informieren und gewerkschaftlich führen. Die Ausgabe ist beschränkt und erschient nicht öffentlich.

Der Einheitsausschuß der Gewerkschaft  
Wiesbaden.

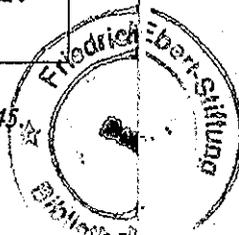
Information. Schulungsblätter für Betrieb und Gewerkschaft.  
Hrsg.: Demokratische Einheitsgewerkschaft Wiesbaden, Nr. 1, Oktober 1945.

abstimmen. Dieser Volksentscheid fiel zwar deutlich aus, aber ebenfalls nicht im US-Sinne: Während sich 76,8 Prozent für die Annahme der Verfassung in der vorgelegten Form entschieden, stimmten nur knapp 5 Prozent weniger für die unverzügliche Sozialisierung.

Das Tempo, das die "Demokratische Einheitsgewerkschaft Wiesbaden" im Herbst 1945 vorlegte, war atemberaubend: Am 11. Oktober beantragte sie bei der Militärregierung die Genehmigung zur Ausdehnung ihres Wirkungskreises auf den ganzen Arbeitsamtsbezirk Wiesbaden. Vier Tage später wandte sie sich erstmals offiziell an den Oberbürgermeister und erklärte ihre Bereitschaft zur verantwortlichen Mitarbeit an der "Neuorganisation unseres Lebens" sowie zur engen Kooperation "mit allen behördlichen Stellen" und den anderen "Organisationen des Wiederaufbaus". Wenig später beantragte sie, ihr zusätzlich zu den beiden Räumen, die ihr seit dem Lizenzerhalt in der zweiten Etage des früheren Gewerkschaftshauses zur Verfügung standen, ein weiteres Zimmer zu überlassen; der Oberbürgermeister sah sich jedoch nur zur Zuweisung eines halben Büroraums im dort ebenfalls einquartierten Wirtschaftsamt imstande. Nebenbei bemerkt: Endgültig gaben die Amerikaner die Wellritzstraße 49 erst nach langwierigen Verhandlungen am 15. Februar 1949 wieder in gewerkschaftlichen Besitz zurück. Am 22. Oktober 1945 versandte die Gewerkschaft ein "Rundschreiben", in dem sie die Arbeitnehmervertreter um Mithilfe dabei bat, die immer noch "herumlungernden Arbeitskräfte dem Arbeitsmarkt zuzuführen, damit sie in die Aufbauarbeiten eingeschaltet werden" könnten; es sei untragbar, daß politisch unbelastete Beschäftigte von früh bis spät ihrer Arbeit nachgingen, während entlassene Nazis und andere Faulenzer spazieren gingen oder "auf dem Land Lebensmittel hamstern und andere sonstwie Volksschädliches unternehmen" dürften. Am 5. November wandte man sich an die Militärregierung wegen einer Freigabegenehmigung zur Einziehung "der bei den Firmen noch deponierten DAF-Beiträge" durch die Einheitsgewerkschaft - allerdings blieb dieser Vorstoß ohne Erfolg. Arbeiternehmervertreterwahlen waren nun in zirka 80 Betrieben durchgeführt: In 75 Betrieben waren Einheitslisten gewählt worden, die Wahlbeteiligung lag durchschnittlich bei 75 Prozent.

Zu diesem Zeitpunkt zählte die "Demokratische Einheitsgewerkschaft Wiesbaden" erst wenige hundert beitragszahlende Mitglieder. Dies sagt nichts aus über ihre tatsächliche Anhängerschaft. Viele Beschäftigte waren organisationswillig, konnten aber den Gewerkschaftsbeitrag nicht aufbringen. Im April des folgenden Jahres war die Mitgliederzahl dennoch bereits auf 9000 Beschäftigte angewachsen; das war etwa ein Fünftel des Mitgliederbestandes in Frankfurt. Die Beiträge wurden direkt am Arbeitsplatz kassiert. Sie waren in elf Klassen nach dem monatlichen Einkommen gestaffelt: von einer Rentenmark Mindestbeitrag bis zu 15 Rentenmark Höchstsatz bei Einkommen von über 600 Rentenmark.

Gemäß den Statuten wurden die Mitglieder in Gruppen eingeteilt. Sämtliche in



Demokratische Einheitsgewerkschaft  
WIESBADEN

An den  
Herrn Oberbürgermeister  
der Stadt Wiesbaden  
Wiesbaden

Der Oberbürgermeister  
der Stadt  
Wiesbaden  
7. OKT. 1945

WIESBADEN  
WELLRITZSTR. 49  
TELEFON NR. 23977

Bremis  
Ihr Zeichen  
Kr./HK.  
Dn  
15.10.1945

Worter Herr Oberbürgermeister !

Durch die Erteilung der Genehmigung durch die Militärregierung zur Bildung der demokratischen Einheitsgewerkschaft im Kreis Wiesbaden haben wir am 28.9.1945 unsere Arbeiten begonnen.

Nach zwölfjähriger Ausschaltung jeglichen Gewerkschaftslebens, organisieren sich jetzt wieder die Arbeitnehmer in unserem Stadtkreis in einer einheitlichen Gewerkschaftsorganisation.

Unser Hauptaufgabengebiet liegt nun in der aktiven Teilnahme der Lösung der Aufbau-Probleme, wie sie die neue Zeit vor uns gestellt hat.

Wir wollen verantwortlich an diesen Fragen der Neuorganisation unseres demokratischen Lebens teilnehmen und in jeder Beziehung in engem Kontakt mit allen behördlichen Stellen und auch den Organisationen des Wiederaufbaues zusammenarbeiten.

In diesem Sinne, Herr Oberbürgermeister, stellen wir uns Ihnen vor und wünschen, dass wir durch organisierte Kraft und gemeinsame enge Zusammenarbeit einer besseren Zukunft unseres Volkes dienlich sind.

Hochachtungsvoll

*Klingner*  
Hochachtungsvoll

einer Industrie beschäftigten Mitglieder wurden in einer Industriegruppe zusammengefaßt. Diese wählte durch ihre Fachgruppenvorstände jeweils alle zwölf Monate neu eine eigene Leitung. Jede Industriegruppe war also wiederum in Fachgruppen unterteilt. Diesen oblag die Wahrnehmung der beruflichen Interessen ihrer Mitglieder. Auch die fünfköpfigen Fachgruppenvorstände wurden alljährlich neu gewählt. Die Hauptverwaltung bestand aus sechs Mitgliedern: 1. und 2. Geschäftsführer, Kassierer, Rechtsberater sowie 1. und 2. Beisitzer. Die Hauptverwaltung, die höchste örtliche Instanz der Gewerkschaft, wurde durch die Hauptversammlung gewählt, die sich aus den Industriegruppenleitungen und den Vorsitzenden der Fachgruppenvorstände zusammensetzte. Auch die Hauptversammlung fand im Turnus von zwölf Monaten statt. Die Erziehung der Jugend wie auch die ständige Schulung der Mitglieder durch wirtschaftliche und berufliche Kurse oder Vorträge wurde zur besonderen Aufgabe erklärt. Bemerkenswert, weil von der üblichen Entnazifizierungspraxis etwas abweichend, ist die Bestimmung in Paragraph 3 der Statuten: "Arbeitnehmer, ganz gleich, ob sie Mitglied der NSDAP waren oder nicht, die sich als Aktivisten oder Denunzianten betätigten, sind von der Mitgliedschaft ausgeschlossen". Dies war eine sinnvolle Verschärfung gegenüber Anhang "C" des Lizenzantrages vom 3. August 1945. Auch im Hinblick auf die Industriegruppengliederung war inzwischen eine leichte Veränderung eingetreten. Waren im Oktober noch 13 Industriegruppen vorgesehen gewesen, so war bald noch eine weitere hinzugekommen. Damit ergab sich folgende Organisationsgliederung unterhalb der zentralen Leitungsebene: Bekleidung, Textil, Leder; Bergbau; Metall; Chemie, Glas, Keramik; Holz; Steine und Bau; Öffentliche Betriebe, Verkehr; Garten, Land, Forst; Nahrung, Genußmittel,



Altes Gewerkschaftshaus, Wellritzstraße 49.

# Aufruf

## An die Bevölkerung von Groß-Hessen!

Durch die Beschlüsse der Potsdamer Konferenz ist bestimmt worden, daß rund 15 Millionen Deutsche aus Ost-, Mittel- und Südosteuropa ausgedrängt werden. Groß-Hessen hat davon 610 000 Deutsche aus der Tschechoslowakei (Sudetenland) aufzunehmen.

Die Schwere dieser Tatsache ist uns allen sehr wohl bewußt. Der Wohnraum, der uns selbst in den zerschlagenen Städten und Ortschaften noch zur Verfügung steht, reicht nicht einmal dafür aus, die einheimische Bevölkerung ausreichend unterzubringen. Unser dichtbestelltes Land vermochte schon vor dem Kriege nicht genügend Lebensmittel zu erzeugen. Ein schweres Schicksal hat uns betroffen. Aber wir werden versuchen, auch dieses schwierige Problems, das uns das Hitler-Regime hinterlassen hat, Herr zu werden.

Die Deutschen aus Böhmen und Mähren, die nach hier kommen und unsere neuen Mitbürger werden müssen, sind vom Schicksal nicht verwöhnt worden. Der karge Boden des Böhmerwaldes, Erzgebirges und Riesengebirges, hat die deutschen Menschen seit Jahrhunderten zu hartem anstrengendem Leben gezwungen. Das weltberühmte böhmische Glas, die Gablonzer Bijouterie, das Karlsbader Porzellan, das Reichenberger Tuch, die Musikinstrumente aus dem Erzgebirge und die kunstvollen Spitzen aus dem Kaiserwald sind Erzeugnisse dieser deutschen Menschen gewesen! Diesen ihren Fleiß und ihre Geschicklichkeit bringen diese Menschen nun mit. Die ihnen Heimgewordene Heimat müssen sie aber jetzt verlassen; sie haben damit ihr Heim, ihr Vermögen und ihre Existenz verloren.

Mitbürger! Wir erwarten von euch, alles zu tun, daß diesen Vertriebenen nach besten Kräften geholfen wird. Sie sollen weder einen Grund noch das Gefühl haben, bei uns Bürger minderen Rechtes zu sein.

Der größte Reichtum eines Landes ist sein arbeitssames Volk. Der Einsatz dieser Arbeitskräfte aus dem Osten im Rahmen der deutschen Volkswirtschaft kann dieser nur nützlich sein.

Wir wollen, auch wenn die gegenwärtigen Verhältnisse noch so hart und einschneidend sind, alles tun, dem deutschen Volke seinen guten Namen in der Gemeinschaft der Völker zurückzugewinnen.

### Freier Deutscher Gewerkschaftsbund

Landesvorstand der Christlich-Demokrat. Union  
Landesvorstand der Kommunistischen Partei  
Landesvorstand der Lib.-Demokratischen Partei  
Landesvorstand der Sozialdemokratischen Partei

Frankfurter Rundschau vom 23. April 1946.

schon bald in Frankfurt durchgesetzt hatte, "in der Mehrzahl in Erscheinung getreten ist". Für die zentrale Einheitsorganisation hatte man sich beispielsweise auch in Darmstadt, Groß-Gerau, Hanau, Kassel, Fulda, Limburg, Weilburg, Bad Schwalbach oder im Rheingau entschieden. Am 3. Februar 1946 fand in Wiesbaden unter Leitung von Otto Machwirth eine Zusammenkunft von Vertretern zen-

tral; Gaststätten; Handel; Öffentliche Verwaltung; Banken, Versicherungen; Druck und Papier; Freie Berufe.

Der entscheidende Unterschied zwischen den beiden zur Diskussion stehenden Modellen einer Einheitsgewerkschaft ist der: Während in der zentralistischen Einheitsgewerkschaft die Industriegewerkschaften nur Abteilungen ohne Finanzautonomie sind und die Aufnahme der Mitglieder direkt in die Einheitsorganisation erfolgt, bedeutet das föderative Prinzip den Zusammenschluß autonomer Industriegewerkschaften in einem Dachverband. Aus einem innergewerkschaftlichen Positionspapier über "Entwicklung und Stand der Gewerkschaftsbewegung in Groß-Hessen" vom Frühjahr 1946 geht hervor, daß die "zentrale Organisationsform" als Einheitsgewerkschaft auf Kreisebene gegenüber der dezentralen Gewerkschaftsbildung, die sich

traler Einheitsgewerkschaften aus Hessen statt. Es ging darum, den Weg nun auch hin zum regionalen Zusammenschluß zu beschreiten. Bei dieser Gelegenheit ließen, wie das Protokoll vermerkt, "alle Vertreter der erschienenen Gruppen klar erkennen, daß sie mit der Form dieser Zentralisation einverstanden" seien. Die Gewerkschaftsvertreter aus Offenbach und aus Gießen berichteten, daß in ihren Städten "eine Einheitsgewerkschaft von der amerikanischen Militärregierung bisher nicht genehmigt sei, vielmehr nur Industrieverbände"; man wolle aber erneut versuchen, auch dort das gesteckte Ziel zu erreichen.

Die Dinge entwickelten sich nun aber rasch in jene Richtung, die den Amerikanern von Anfang an am liebsten gewesen wäre. Deren mittelbare oder unmittelbare Einflußnahme hierauf läßt sich am Tempo erahnen, mit dem die allermeisten örtlichen Gewerkschaften ihren Kursschwenk vornahmen. Hatten die Amerikaner

### Resolution

Die am 7. Mai 1946 in Wiesbaden in der Aula in der Gewerbeschule Wellritzstr. stattgefundene Betriebsräte-Vollversammlung nahm Stellung zur Schaffung eines Gesetzes für Arbeitnehmervertretungen.

Die Versammelten betrachten das Gesetz Nr. 28 vom 10. April 1946 des Kontrollrates in seiner jetzigen Form als unzureichend und ersuchen die Gewerkschaften mit dem Arbeitsministerium von Groß-Hessen gemeinsam einen Vorschlag der Militärregierung zu unterbreiten, welcher die Wahlbestimmungen, Rechte, Pflichten und Aufgaben im Rahmen des Gesetzes Nr. 22 genau festlegt.

Als Grundlage dieses Vorschlages wird das Betriebsrätegesetz vom 13. Jan. 1920 sowie der von allen 3 Länder der amerikanisch besetzten Zone gemeinsam angenommene Entwurf eines Gesetzes für Arbeitnehmervertretungen als geeignet gehalten.

Die versammelten Vertreter von ... Arbeiter aus ... Wiesbadener Betriebe haben ihre Funktion der Interessenvertretung der Arbeitnehmerschaft mit dem entschlossenen Willen angenommen, alle ihre Kräfte für die Entwicklung einer wahrhaften Wirtschaftsdemokratie einzusetzen. Sie erwarten hierbei die volle Unterstützung der Gewerkschaften, der demokratischen Parteien, insbesondere der Großhessischen Regierung und nicht zuletzt weitestgehendes Verständnis und Toleranz der Besatzungsmacht.

Unsere Arbeit gilt dem Aufbau eines wirklich demokratischen Staates zur Sicherung des Friedens in Deutschland.

Vollversammlung der Betriebsräte  
des Kreises Wiesbaden.

Wiesbaden, den 6.5.1946  
Kr./llk.

Die Versammlungsleitung:

.....  
.....  
.....  
.....

beispielsweise noch im Mai 1946 den zwei Monate zuvor beantragten bezirklichen Anschluß der "Demokratischen Einheitsgewerkschaft Rheingaukreis" an die "Demokratische Einheitsgewerkschaft Wiesbaden" genehmigt, so setzte sich jetzt das von Frankfurt aus schon seit längerem mit Nachdruck propagierte Industrie-gewerkschaftsprinzip durch. Am 24. und 25. August 1946 fand in Frankfurt-Enkheim der "Erste hessische Gewerkschaftskongreß" des "Freien Gewerkschaftsbundes Hessen" statt, auf dem die Entscheidung endgültig gegen die zentralistische Einheitsgewerkschaft fiel. Zum Vorsitzenden wurde mit überwältigender Mehrheit Willi Richter gewählt. Daß man sich nun nicht mehr "Freier Deutscher Gewerkschaftsbund" nennen mochte, hing sicherlich nicht zuletzt mit dem entschiedenen Votum des Weltgewerkschaftsbundes gegen die zentralistische Organisationsform zusammen sowie damit, daß man sich von der Entwicklung in der Sowjetischen Besatzungszone und hier vor allem von der des FDGB scharf abgrenzen wollte.

Am 12. November 1946 wurde die Wiesbadener Militärregierung davon in Kenntnis gesetzt, "daß die bisher unter dem Namen Demokratische Einheitsgewerkschaft Wiesbaden bestehende Gewerkschaft nunmehr ein Teil des Freien Gewerkschaftsbundes Hessen mit der Hauptverwaltung in Frankfurt/M. wurde. Seit dem 2. November 1946 führen wir den Namen: Freier Gewerkschaftsbund Hessen, Bezirk Wiesbaden. Vorsitzender des Freien Gewerkschaftsbundes Hessen, Bezirk Wiesbaden, ist unser Kollege Heinrich Ehrhardt". Für die Entwicklung starker gewerkschaftlicher Interessenvertretungsorgane, die trotz ihrer Überparteilichkeit auf das politische Mandat zur Durchsetzung einer sozialstaatlichen, damit gleichzeitig kämpferisch-selbstbewußten Demokratie im Interesse der gesamten Arbeitnehmerschaft niemals verzichtet haben, hat sich im Rückblick die Durchsetzung der föderativen Einheitsgewerkschaft als Segen erwiesen.

Der legendäre Gewerkschaftsführer Willi Bleicher, der von den Nazis zehn Jahre lang eingesperrt war, davon die meiste Zeit im KZ Buchenwald, hat einmal in aller Deutlichkeit klargestellt: "Es gibt keine Einheitsgewerkschaft als dauerhaftes Geschenk. Wir müssen uns täglich auseinandersetzen. Man muß den Kollegen achten, auch den, der eine andere Meinung hat. Ohne Toleranz läßt sich eine solche Gewerkschaftsbewegung auf Dauer nicht so schlagkräftig machen, wie das angesichts der gegenwärtigen Situation, wo die Unternehmer uns bedrängen, notwendig ist". Er bezog sich dabei auf das Wort von Hans Böckler, dem ersten DGB-Bundesvorsitzenden: "Wir müssen die Einheit wie unseren Augapfel hüten!". Diese Erkenntnis gründet im Wissen um die Ursachen der Niederlage der Arbeiterbewegung gegenüber dem Faschismus sowie in den Erfahrungen des antifaschistischen Widerstandes. Dieser Tradition sieht sich die Gewerkschaftsbewegung in der hessischen Landeshauptstadt in besonderer Weise verpflichtet, keineswegs nur im 50. Jahr ihrer Wiedergründung als "Demokratische Einheitsgewerkschaft Wiesbaden".

## Die Maifeiern in Wiesbaden

Die Demokratische Einheitsgewerkschaft hatte am 1. Mai zu einer Kundgebung in den Hof der Schule am Boseplatz geladen. Die Werktätigen waren zu Hunderten diesem Rufe gefolgt. Im Mittelpunkt der Feier, die von Gesangsvorträgen der Wiesbadener Sängervereinigung, Musikstücken und Rezitationen umrahmt waren, stand die Rede des groß-hessischen Innenministers Hans Venedey. Er nannte die diesjährigen Maifeiern eine Demonstration für den Frieden, für die Verständigung der Völker und für den sozialen Fortschritt. Wir müssen uns der großen Verantwortung, die wir für den Aufbau des neuen Deutschlands tragen, bewußt sein; und wir müssen Sorge dafür tragen, daß wir leben und wirken können in einem Hause, in dem die Freiheit — die demokratische Freiheit wohnt. Es wird dies eine schwere und harte Arbeit sein, um die es sich aber lohnt, unsere ganze Kraft einzusetzen. Schon einmal hatten wir eine Demokratie. Jedoch dürfen wir die Fehler der Vergangenheit nicht noch einmal begehen, das ist eine lebensnotwendige Forderung der werdenden Demokratie. Es muß diesmal eine kämpferische, selbstbewußte Demokratie sein. Und wir dürfen unsere Gegner nicht im Zweifel lassen, daß — wenn sie den Boden der Demokratie verlassen — wir sehr kräftig zuschlagen werden. Neben der Forderung nach der politischen und wirtschaftlichen Einheit Deutschlands verlangte der Minister für das Ruhrgebiet nicht Internationalisierung sondern Sozialisierung.

Am Abend des 1. Mai fanden innerhalb der Stadt und in den Vororten zahlreiche, sehr gut besuchte gesellige Veranstaltungen statt, die mit künstlerischen Darbietungen ausgefüllt waren.

*Bericht der Frankfurter Rundschau vom 3. Mai 1946.*

## Literaturempfehlung

**Gerhard Beier:** Willi Richter. Ein Leben für die soziale Neuordnung. Köln 1978.

**Heike Glaser:** Demokratischer Neubeginn in Wiesbaden. Aspekte des sozialen, wirtschaftlichen und politischen Wiederaufbaus nach 1945. Hrsg.: Magistrat der Landeshauptstadt Wiesbaden - Stadtarchiv. Wiesbaden 1995 (Schriften des Stadtarchivs, Bd. 4).

**Wolf-Arno Kropat:** Hessen in der Stunde Null 1945/47. Politik, Wirtschaft und Bildungswesen in Dokumenten. Wiesbaden (Selbstverlag) 1979 (Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Nassau, XXVI).

**Walter Mühlhausen:** Hessen 1945-1950. Zur politischen Geschichte eines Landes in der Besatzungszeit. Frankfurt/M. 1985.

**Axel Ulrich:** Trotz alledem - der 1. Mai blieb rot! Zur Geschichte des 1. Mai in Wiesbaden während der Illegalität 1933-1945. Hrsg.: DGB - Kreis Wiesbaden-Rheingau/Taunus. Wiesbaden (Selbstverlag) 1985.

**Anne Weiß-Hartmann:** Der Freie Gewerkschaftsbund Hessen 1945-1949. 2.Aufl. Marburg 1978 (Schriftenreihe für Sozialgeschichte und Arbeiterbewegung, Bd. 2).